



**Aktuell**

- 3 Forschungsergebnisse vorgestellt  
Gedenkort Chemnitz-Kaßberg  
Museum für Opfer des Kommunismus  
Aufarbeitung von DDR-Unrecht  
Nationalpreis verliehen

**Recht**

- 4 Selbstbestimmt

**International**

- 5 Drohnenkrieg über Süd-Korea  
Störsender gegen Tibets freie Stimme  
China Menschenrechtsverletzer Nr. 1

**Thema**

- 6 Auf der Flucht erschossen?

**Aufarbeitung**

- 9 „Nicht der Boxer, sondern sein Handschuh war’s“
- 10 „Perfekte Population“

**Berichte**

- 11 Ausgeliefert  
Überlebt in Sachsenhausen
- 12 Erschütternde Schilderungen  
„Die Gedanken sind frei“
- 13 Belter-Dialoge 2014  
DDR-Zwangsadoptierte
- 14 UOKG-Verbandetreffen

**Verbände**

- 15 Resolutionen  
Gedenken im Jamlitz  
Enge Kooperation  
Suchanzeige
- 16 Bundespräsident besucht Oppositionsarchiv  
UOKG-Beauftragte  
Kindheit hinter Stacheldraht  
Abschied

**Service/Bücher**

- 17 Durch das Leben ein Riß  
Heiligenlegende
- 18 Der Eiserne Vorhang zwischen Prag und Wien

**Service/Veranstaltungen**

- 19

**Umschlagbild**

*Revolutionskarte. Die Wahrnehmung der Ereignisse vom Herbst 1989 in der DDR wurde im In- und Ausland vor allem durch die Städte Berlin, Leipzig und Dresden geprägt. Aktivitäten in vielen anderen Orten sind bis heute wenig bekannt. Deshalb ist diese Revolutionskarte für den Zeitraum August 1989 bis April 1990 vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig erarbeitet worden, im Format A1 gedruckt, ergänzt durch 12 eindrucksvolle Fotos. Bestellung über: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Haus der Demokratie Leipzig, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig, Tel./Fax (03 41) 306 51 75*

# Solidarität nicht abkaufen lassen!

Von Rainer Wagner

Die erste organisierte Opposition, die in den 80er Jahren der kommunistischen Gewaltherrschaft im Ostblock entgegentrat, war die polnische Gewerkschaft „Solidarność“ (Solidarität). Ihr Kampf wurde zum Freiheitsfanal für alle Unterdrückten im Bereich des real existierenden Sozialismus. Und ihr Name steht für ein Ideal, dem der Widerstand, sowohl gegen die Nazibarbarei als auch gegen die kommunistische Zwangsherrschaft, verpflichtet war.

Die große Koalition aus CDU-CSU/SPD hat sich zum Ziel gesetzt, die Opferrente für ehemalige politische Häftlinge zu erhöhen und in irgendeiner Form die Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden zu erleichtern. Dies zeigt uns, daß es Politiker gibt, die uns nicht vergessen. Allerdings zwingen uns die Informationen aus dem Justizministerium, gegen die bisherigen Planungen zu protestieren: Die Opferrente soll nach nunmehr sieben Jahren um ca. 50 € angehoben werden und das war’s. Schon hört man von Betroffenen das Urteil: Schäbig und unwürdig. Ursprünglich war die Opferrente als Ehrenpension für unseren Freiheitskampf gedacht. Nun aber erscheint die sogenannte Erhöhung mehr als Almosen denn als spürbare Verbesserung. Sind wir mit diesem Urteil undankbar oder maßlos? Nein! Wir fordern Gerechtigkeit und Wertschätzung.

Die Erhöhung auf 300 € gleicht nicht im geringsten den Rentenrückstand zwischen dem Durchschnitt von uns Widerstandskämpfern und dem Durchschnitt der Mitläufer und Träger des kommunistischen Regimes aus. Viele Kameraden und Kameradinnen werden sich trotz 50 € mehr noch immer am Rand einer menschenunwürdigen Existenz durchschlagen müssen. (Selbst bei einer Verdopplung der Opferrente wäre in vielen Fällen kein wirklicher Ausgleich geschaffen.) Und jene, die nach der friedlichen Revolution die Kraft und die Möglichkeit fanden, beruflich noch einmal durchzustarten, müssen sich weiter einer peinlichen Bedürftigkeitsprüfung unterziehen. Welch Armutszeugnis für unsere Demokratie. In

einem neuen Gesetz muß das Ärgernis der Bedürftigkeitsprüfung fallen.

Noch schlimmer aber ist, daß im überarbeiteten Gesetz all die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft wieder vergessen wurden, die bisher schon nicht berücksichtigt waren. Wir fordern die Aufnahme der Zersetzungsopfer und der in der DDR Zwangsumgesiedelten in die Opferrente. Wir fordern, daß die zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportierten Frauen endlich als politische Häftlinge anerkannt werden. Sie waren Opfer der kommunistischen Sklavenhaltermentalität und nicht der Kriegsfolgen, wie von manchen Historikern behauptet. Da sie bisher nicht bedacht wurden und ein hohes Alter haben, wäre es angemessen, ihnen zusätzlich eine Einmalzahlung zu gewähren. Auch die Gefangenen, die weniger als sechs Monate in politischer Haft waren, müssen zumindest anteilig in die Opferrente aufgenommen werden. Waren doch die ersten Wochen und Monate die seelisch qualvollste Zeit in der Haft. Ganz wichtig ist, daß die Lebenspartner zumindest den Anteil an der Opferpension erben, der bei der Witwen- bzw. Witwerrente gewährt wird. Sie haben während der Haftzeit des Partners mitgelitten oder mußten später die psychischen „Anderkenne“ der Häftlinge ertragen und den Kindern gegenüber ausgleichen. Für 50 € oder mehr dürfen wir uns die Solidarität mit den bisher übersehenen Opfern nicht abkaufen lassen.

Was können wir für eine gerechte Opferentschädigung tun? Wir sind gefordert, unsere demokratischen Rechte wahrzunehmen. Gehen Sie in die Bürgersprechstunde ihrer Bundestagsabgeordneten. Reden Sie mit den Volksvertretern. Unsere Abgeordneten sind in der Regel nicht gefühllos. Aber viele von ihnen – vor allem aus den alten Bundesländern oder der jüngeren Generation – haben noch nie einen politischen Widerstandskämpfer oder Gefangenen persönlich kennengelernt. Vielen fehlt die Betroffenheit. Sie können sensibilisiert werden. Dies kann keiner so authentisch wie wir.


Rainer Wagner

**Achtung:** Noch bis zum 30. September 2014 können betroffene ehemalige Heimkinder der DDR ihre Ansprüche bei ihrer zuständigen Anlauf- und Beratungsstelle ([www.fonds-heimerziehung.de](http://www.fonds-heimerziehung.de)) anmelden.

## Forschungsergebnisse vorgestellt


(st) Am 16. Juni hat die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) ihren Forschungsbericht „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR“ der Öffentlichkeit vorgelegt. Autor Dr. Christian Sachse enthüllte auf der Grundlage hunderter Dokumente, daß die Zwangsarbeit in der DDR von Anfang an als zentral gesteuertes System der wirtschaftlichen Ausbeutung von Strafgefangenen angelegt war. Geringfügige Entlohnung, schwerste Bestrafungen bei Verweigerung der Arbeit, eine hohe Unfallquote und schlechte Ernährung dienten dem Ziel, ein Maximum an Profit aus den

Strafgefangenen herauszuholen. Besonders hart traf dies die politischen Gefangenen, die erfahren mußten, daß auch der Westen von der Zwangsarbeit ostdeutscher politischer Gefangener profitierte (ausführlich dazu in der nächsten Ausgabe).

Die UOKG will sich in den nächsten Wochen an Vertreter von Wirtschaft, Politik und Aufarbeitung wenden, um Gespräche zu beginnen. Diese sollen zu einem Runden Tisch führen, der zu einer die politischen Häftlinge befriedigenden Lösung beiträgt. 

## Aufarbeitung von DDR-Unrecht

(st) Unter diesem Motto steht eine Demonstration mit anschließender Kundgebung des OvZ-DDR e.V. (Hilfe für die Opfer von Zwangsadoptionen) in Kooperation mit der UOKG. Der Verein will darauf aufmerksam machen, daß es noch viele Opfergruppen gibt, die bisher zu wenig beachtet wurden, wie z.B. Betroffene von DDR-Zwangsadoptionen, ehemalige Insassen der DDR-Spezialheime und Jugendwerkhöfe, verfolgte Schüler und Studenten und Opfer von sexuellem Mißbrauch in DDR-Einrichtungen.


Treffpunkt: **(Sa) 2.8.2014, 12.00 Uhr**, Berlin-Mitte, Pariser Platz (Vor dem Brandenburger Tor) 

## Gedenkort Chemnitz-Kaßberg

(PT) Im Mai dieses Jahres hat der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten die Gestaltung eines Gedenkortes auf einem Areal am Rande des früheren Gefängnisses Chemnitz-Kaßberg, das einst die größte Abschiebehafenanstalt der DDR war, beschlossen. Es soll ein Entwurf der AG Berthold Weidner/Martin Bennis (Stuttgart/Berlin) realisiert werden. Dieser war dem Stiftungsrat im Ergebnis eines Ideenwettbewerbes von einer Empfehlungskommission zusammen mit einem weiteren Entwurf zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt worden.

Der Entwurf sieht vor, einen erhaltenen Wachturm und zwei Mauersegmente um fünf gleich hohe Informationselemente aus Glas zu ergänzen. Die Kommission würdigte besonders das unter räumlichen

und graphischen Aspekten ausgewogene und würdevolle Gesamtkonzept, vor allem den Umgang mit der historischen Bausubstanz und die Kontrastierung durch ein anderes Material. Positiv wurden auch das Angebot zum Gedenken sowie dessen Trennung vom Informationsangebot bewertet.

Am 17. Juni wurde feierlich eine Tafel enthüllt, die über das Vorhaben informiert. Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, sagte bei diesem Anlaß: „Am 17. Juni 1953 fiel das Tor zur deutschen Einheit zu, erst die Friedliche Revolution im Herbst 1989 öffnete es wieder. In den Jahrzehnten dazwischen galt es für die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für die eingesperrten Landsleute gerecht zu werden.“ 


## Digitaler „stacheldraht“

Um Druck- und vor allem Portokosten zu sparen, soll die Zeitschrift „der stacheldraht“ noch in diesem Jahr als pdf-Dokument Online angeboten werden.

Abonnenten, die von diesem Angebot Gebrauch machen und auf die Papierausgabe verzichten würden, bitten wir um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: [der-stacheldraht@web.de](mailto:der-stacheldraht@web.de)

Die Redaktion

## Nationalpreis verliehen


(PT) Die Deutsche Nationalstiftung hat am 24. Juni den Pfarrern Christoph Wonneberger, Christian Führer, dem Bürgerrechtler Uwe Schwabe und dem Leipziger Archiv Bürgerbewegung den Deutschen Nationalpreis verliehen. Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, schrieb dazu, sie erhielten diesen Preis verdient und stellvertretend für Leipzig und seine spezifische Rolle bei der Friedlichen Revolution. Aber auch für die „Verlebendigung der Geschichte danach“, dafür stehe das Archiv Bürgerbewegung überzeugend ein, ebenso wie die Gedenkstätte „Runde Ecke“, das Zeitgeschichtliche Forum u.a., die jeden Tag den nachwachsenden Generationen Geschichte nahebrächten. Leipzig könne „trotz Berlin und bezogen auf seine Größe etwas salopp als DDR-Aufarbeitungshauptstadt mit osteuropäischer Impulssetzung“ bezeichnet werden. 

## Museum für Opfer des Kommunismus

(mti) In Washington könnte ein Museum für die weltweiten Opfer des Kommunismus entstehen. Dazu ist eine Online-Spendensammlung angelaufen, wie die ungarische Nachrichtenagentur MIT berichtet. Die ungarische Regierung unterstützt das Vorhaben mit einer Million US-Dollar.

Das Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Washington befindet sich nahe dem Kapitol. Die Statue ist nach der „Göttin der Demokratie“ gestaltet, die Studenten während der Proteste am Tiananmen-Platz in Peking 1989 errichtet hatten. Es sei nun Zeit, diesem Denkmal auch ein Museum folgen zu lassen, sagte Maria Schmidt, Direktorin des Budapesters

Museums „Haus des Terrors“. Nachdem Ungarn mit seiner Spende eine Führungsrolle übernommen habe, hoffe sie auf die Beteiligung weiterer Länder.

Der Historiker Lee Edwards, Präsident der Stiftung Victims of Communism Memorial, unterstrich, daß sich die meisten Menschen überhaupt nicht darüber im klaren seien, daß durch kommunistische Diktaturen 100 Millionen Menschen ihr Leben verloren hätten. Ziel sei deshalb, den Grundstein für das Museum 2017 zu legen – 100 Jahre nach Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland. Bereits zugänglich ist der Internetauftritt [www.buildthemuseum.org](http://www.buildthemuseum.org). 

# Selbstbestimmt

## Praktische Anmerkungen zum Betreuungsrecht

Es ist schon wieder passiert. Und es hat, wie bereits mehrfach, einen ehemaligen politischen Häftling getroffen, der nach einem Krankenhausaufenthalt ohne Wissen der nächsten Angehörigen in einer geschlossenen Einrichtung verschwand. Ihm wurde vom Gericht ein Betreuer bestellt, der von nun an die „Verwaltung seines Lebens“ übernahm. Viel zu spät erfuhren die Angehörigen von der Zwangseinweisung und Betreuung. Es war alles bereits rechtskräftig, der Betreuer wenig kooperativ und nicht auskunftsbereit. Nun bleibt den Angehörigen nur der Gerichtsweg, um eine Unterbringung in der Nähe ihres Wohnortes zu erreichen – deutschlandweit kein Einzelfall.

Unter Betreuung gestellt werden kann praktisch jeder. Die Sozialämter können ihre Mitarbeiter oder auch den Gesundheitsdienst schicken, wenn sie von Nachbarn, Freunden oder Ärzten den Hinweis erhalten, daß jemand betreuungsbedürftig ist. Auch die Zwangseinweisung behinderter alter Menschen in ein Heim ist nach dem Betreuungsgesetz zulässig. Leider fällt die gerichtliche Entscheidung dazu oft viel zu schnell und ohne die Angehörigen einzubeziehen. Muß man ja auch nicht, denn wann immer eine rechtsgeschäftliche Vertretung eines Angehörigen erforderlich ist – das heißt, rechtsverbindliche Erklärungen und Entscheidungen notwendig sind –, können weder der Ehepartner noch die Kinder ihn gesetzlich vertreten. Diese Möglichkeit haben sie nur dann, wenn sie im Besitz einer rechtsgeschäftlichen Vollmacht oder gerichtlich bestellter Betreuer sind.

Wie oben genannter Fall zeigt, sollte man rechtzeitig vorbeugen, um gerichtlich angeordneten Betreuungen, Zwangseinweisungen usw. zu entgehen. Das kann man tun:

1. mit einer Betreuungsverfügung für den Fall, daß eine gerichtlich angeordnete Betreuung notwendig wird. Mit dieser bestimmt man, wer mit der Betreuung beauftragt werden soll oder auch, wer dafür keinesfalls in Betracht kommt. Diese Verfügung berechtigt aber nicht zur Vertretung bei Rechtsgeschäften. In ihr sollten vielmehr Wünsche festgeschrieben werden für den Fall, daß das Gericht einen Betreuer bestellen muß, weil keine Vorsorgevollmacht erteilt wurde.
2. mit einer Vollmacht zur Vorsorge, die ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht. Man benennt Personen seines Vertrauens, die bereit sind, im Bedarfsfall die Geschäfte zu übernehmen. Sie sollten bereits bei der Abfassung der Vollmacht mit einbezogen werden. Die so Bevollmächtigten können dann handeln, ohne daß es weiterer Maßnahmen bedarf, und das Gericht wird im Normalfall nicht eingeschaltet.

Die Vorsorgevollmacht bzw. Betreuungsverfügung greift immer dann, wenn erwachsene Menschen wegen einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbständig regeln können, und deshalb auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Darunter fallen aber keine Hilfen im Haushalt oder beim Einkaufen, weil man z.B. seine Wohnung nicht mehr verlassen kann. In diesen Fällen kommt es in der Regel auf praktische Hilfe an, für die keine gesetzliche Vertretung notwendig ist.

Eine Vorsorgevollmacht sollte man einer Betreuungsverfügung immer dann vorziehen, wenn eine Person bereit ist, sich im Bedarfsfall um die anstehenden Angele-

genheiten zu kümmern. Eine solche Vollmacht legt den Umfang des rechtlichen Handelns des Bevollmächtigten im Namen des Vollmachtgebers im Außenverhältnis fest (z.B. Bank, Kaufverträge), und ist nur dann uneingeschränkt brauchbar, wenn sie an keinerlei Bedingungen geknüpft ist. Keinesfalls dürfen Festlegungen getroffen werden wie z.B. „Wenn der Vollmachtgeber nicht mehr in der Lage sein sollte, bestimmte Dinge selbst zu regeln, gilt diese Vollmacht...“ Denn wie soll ein Außenstehender feststellen können, wer wozu noch in der Lage ist. Damit hat die Vollmacht sich von selbst erledigt. Die Vollmacht selbst bedarf immer der Schriftform. Sie muß nicht handschriftlich abgefaßt werden. Man kann sich auch eines geeigneten Vordruckes bedienen. Ort, Datum und vollständige eigenhändige Unterschrift dürfen jedoch nicht fehlen.

Nun nützt ja die beste Vollmacht bzw. Verfügung nichts, wenn sie zu Hause in irgendwelchen Schubladen schmort. Deshalb rate ich dringend zu einer Hinterlegung (für eine geringe Gebühr) im Zentralen Vorsorgeregister bei der Bundesnotarkammer. Kommt es zu einem Betreuungsverfahren, kann das Betreuungsgericht durch Abfrage beim Register Kenntnis vom Vorhandensein einer Vollmacht bzw. Betreuungsverfügung erlangen. Damit wird vermieden, daß ein Betreuer nur deshalb bestellt wird, weil das Betreuungsgericht von der Existenz der Papiere nichts wußte. Das Gericht kann auf Grund der registrierten Daten mit der bevollmächtigten oder als Betreuer gewünschten Person in Kontakt treten.

Ich möchte wirklich allen ans Herz legen, sich zu dieser Problematik Gedanken zu machen und Vorsorge zu treffen. Es sollten sich auch nicht nur ältere und kranke Menschen angesprochen fühlen. Jüngere können ebenfalls in die Lage kommen, z.B. durch einen Unfall, Schlaganfall usw., daß Betreuung notwendig wird. Sind die Mühlen des Gerichts erst einmal in Gang gekommen, wird es schwierig, sie zu stoppen, und Entscheidungen in diesen Angelegenheiten ziehen sich ewig hin. Wie bereits erwähnt, können auch Personen als Betreuer ausgeschlossen werden, was bei zerrütteten Familienverhältnissen durchaus Sinn macht. Das Abfordern entsprechender Vordrucke und Einholen zusätzlicher Informationen ist möglich unter Telefon (030) 55 49 63 34.



Pflegeheim in Ilmenau.

## Drohnenkrieg über Süd-Korea

Während der jüngsten Zeit wurden im Süden Koreas drei abgestürzte Drohnen aus der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ entdeckt. Sie waren unbewaffnet, hatten eine Länge von 5,8 Metern sowie eine Breite von 5,6 Metern und verfügten über eine Reichweite von 120 bis 300 Kilometern. Ihre Geschwindigkeit belief sich auf bis zu 130 Kilometer, im Einzelfall sogar bis zu 400 Kilometer pro Stunde. Gut informierte Stellen Seouls nehmen an, daß der Norden der Halbinsel etwa 300 solcher Drohnen besitzt.

Ziel ihrer fotografischen Ausspähung waren die Militäranlagen an der innerkoreanischen Frontlinie sowie Marinestütz-

punkte an den Küsten – Objekte also, die bei einem erneuten Kriegsüberfall der Nord-Koreaner von strategischer Wichtigkeit sind. Eine entscheidende Rolle bei dieser Luftspionage spielte auch das „Blaue Haus“, der Amtssitz Präsidentin Parks in Seoul.

Die Bilder konnten indes nicht in Echtzeit nach Nord-Korea übermittelt werden, die dortigen Streitkräfte hatten also erst nach Rückkehr der Drohnen einen Zugriff auf die Aufnahmen. Bisher scheint diese Spionage-Technik, die auch als Waffe eingesetzt werden kann, noch nicht ausgereift, könnte aber der Beginn einer besorgniserregenden Entwicklung sein.

Sehr bedenklich ist in diesem Zusammenhang, daß die nordkoreanischen Aktivitäten im Süden überhaupt nicht bemerkt wurden. In einem Fall sichtete man eine Drohne, hielt sie aber für einen großen Vogel und blieb daher völlig untätig. Äußerst kritisch merkte Präsidentin Park an: „Unsere militärischen Autoritäten wußten nichts von all dem! Wir werden nie wissen, wie viele Drohnen hierher gekommen sind, vielleicht 100 oder 1000!“ Hinzukommt, daß verantwortliche Offiziere diese Vorfälle erst mit tagelanger Verspätung weitermeldeten...

In Seoul wird außerdem befürchtet, die Drohnen könnten im Spannungsfall auch Sabotage auslösen oder gar biochemische Kampfstoffe abwerfen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Störsender gegen Tibets freie Stimme

Die Staatspartei Chinas hat sich nunmehr das Ziel gesetzt, den Sender „Radio Freies Tibet“ zum Schweigen zu bringen. Bekanntlich wird er als einzige freie Stimme auf jenem „Dach der Welt“ sehr gern gehört. Chen Quanguan, der Parteivorsitzende der Tibet-Region, gab in einem Artikel

in der chinesischen KP-Zeitung „Qishi“ feierlich das Gelübde ab, „dafür zu sorgen, daß die Stimmen der feindlichen Kräfte und der Dalai-Lama-Gruppe nicht gehört werden“. Die KP-Stellen würden „es sicherstellen, daß die Stimme der Partei in der Region gehört wird“.

Von der Sendestation des „Radios Freies Tibet“ im indischen Dharamasia wurde die Ansicht geäußert, Peking werde massiv Störsender einsetzen, um den Empfang in Tibet unmöglich zu machen.

F.-W. Schlomann

## China weiter Menschenrechtsverletzer Nr. 1

(igfm)Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat sowohl die chinesische Regierung als auch die Haltung der europäischen Demokratien gegenüber China als „heuchlerisch“ kritisiert. Anlaß war der 25. Jahrestag der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung durch die „Volksbefreiungsarmee“. An der katastrophalen Menschenrechtssituation habe es nach dem Urteil der IGFM nur kosmetische Änderungen gegeben. Verfolgung und Überwachung seien perfektioniert worden. Gleichzeitig ließen sich Berlin und Brüssel nur zu gerne „täuschen“, um nicht tatsächlich handeln zu müssen.

Die chinesische Regierung verweigert ihren Bürgern auch heute noch elementare Menschenrechte und hält sie mit dem

größten Lagersystem der Erde gefügig. Vage Ankündigungen von Reformen und Lippenbekenntnisse seien in der Praxis ohne substantielle Folgen geblieben. Selbst die international bejubelte Abschaffung der Administrativ-Haft und der berüchtigten Laojiao-Arbeitslager sei Etikettenschwindel. Viele Lager seien einfach in „Drogenrehabilitationszentren“ umbenannt worden. Folter sei zwar in der Verfassung verboten, werde aber systematisch gegen Andersdenkende eingesetzt.

Die Regierung in Peking unterstütze sogar direkt das Regime in Nord-Korea, dem die Vereinten Nationen erst am 17. Februar in einem fast 400 Seiten langen Bericht „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ nachwiesen. Flüchtlinge aus Nord-Korea

werden von den chinesischen Behörden wieder nach Nord-Korea abgeschoben, wo ihnen Folter und Tod drohen – obwohl das demokratische Süd-Korea bereit sei, alle diese Flüchtlinge aufzunehmen.

China unterhält heute das größte Zwangsarbeitslager-System der Welt. Zum sogenannten Laogai-Komplex gehören rund 1000 Lager. Nach Angaben der IGFM zwingen die chinesischen Behörden nach verschiedenen Schätzungen zwischen drei und sieben Millionen Menschen darin zur Zwangsarbeit – sieben Tage die Woche, zum Teil bis zu 18 Stunden am Tag. Folter und Gewalt, ungenügende Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, Schlafentzug und die Verweigerung medizinischer Versorgung gehören zum Alltag vieler Gefangener.



Der Pekinger Tiananmenplatz im Dezember 2004. 1989 wurde er weltweit zum Symbol der blutigen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung.

# Auf der Flucht erschossen?

## Der rätselhafte Tod eines Liebespaares

Von Stefan Appelius

Daß sich Männer und Frauen über die Mauer hinweg ineinander verliebten und von einer gemeinsamen Zukunft träumten, die es wegen der deutschen Teilung nicht geben durfte, kam immer wieder vor. Doch wie reagierte die Staatssicherheit, wenn sie bemerkte, daß eine ihrer Agentinnen sich in einen Westdeutschen verliebte und die Flucht nach drüben plante?

Staatssicherheit lebhaft interessierte. Rolf Kühnle war Optiker von Beruf und lebte in Nürnberg.

Daß sich Rolf Kühnle für „Regina“ interessierte, das hatte man im MfS gehofft. Daß sich aber auch ihre inoffizielle Mitarbeiterin in Rolf verliebte, stand nicht im Drehbuch der Staatssicherheit. Und sie leugnete es nicht einmal. Daß sie es

wagte, ihre Beziehung zu Rolf Kühnle gegenüber ihrem Führungsoffizier als „Privatsache“ zu bezeichnen – das grenzte aus Stasi-Sicht an Hochverrat.

Zweimal schon hatte Wera Sandner die Stasi hintergangen und sich heimlich mit ihrem neuen Freund getroffen. Zuerst auf der Leipziger Frühjahrsmesse und wenig später, über Ostern, in der

Die Botschaft an Wera Sandner war unmißverständlich: Man würde es nicht hinnehmen, wenn sie zu ihrem Rolf in den Westen ginge. Wie es Wera Sandner unmittelbar nach diesem Gespräch trotzdem gelang, ihr Reifezeugnis und ihren Führerschein in den Westen zu schaffen, ist völlig rätselhaft. Daß diese beiden Dokumente im privaten Nachlaß des Rolf Kühnle auftauchten, beweist, daß Wera Sandner fest entschlossen war, sich nicht von ihrem Fluchtplan abbringen zu lassen. Es beweist aber auch, daß sie die Stasi unterschätzte.

Laut den vorliegenden Akten versuchte Wera Sandner kurz vor ihrer Abreise nach Bulgarien, Herrn „Meißner“ zu täuschen. Sie fragte, ob sie nach ihrem Urlaub „hauptamtlich“ für das MfS arbeiten dürfe. Etwa zur selben Zeit, Anfang Juni 1972, traf in der Cottbuser Stasi-Zentrale ein Schreiben des Leiters der HA X, Oberst Willi Damm, aus Ostberlin ein. Es enthielt die ausführliche Antwort des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes zur Person des BRD-Bürgers Rolf Kühnle, einschließlich dessen zahlreichen ČSSR-Aufenthalten seit 1966 mit signifikant vielen, unterschiedlichen Pkw (BStU MfS BV Cbs. AIM 1060/71, T I, Bd. 1, Bl. 0062 f u. 0078-0088). Offenbar hielten die ostdeutschen Geheimdienstler Kühnle für einen gegnerischen Agenten. Und offensichtlich mißtrauten sie Wera Sandner. Keine drei Wochen nach der Zusammenkunft mit „Meißner“ und „Hoffmann“ wurde ein Führungs-IM mit dem Decknamen „Germano“ auf Wera Sandner angesetzt.

Der Spitzel verabredete sich mehrfach mit Wera, versuchte sie vor allem hinsichtlich ihres Privatlebens und ihrer Urlaubspläne auszuhorchen. Welche Schlüsse man beim MfS daraus zog, ist jedoch nicht ersichtlich. Ab Juni 1972 gibt es ein mehrere Wochen umfassendes „Loch“ in der IM-Akte von Wera Sandner. Es scheint, als wären Papiere aus der Akte entnommen worden. Zur Rekonstruktion der Biographien von Wera Sandner und Rolf Kühnle wurden durch den Verfasser im Zeitraum von 2005 bis 2008 zahlreiche Interviews durchgeführt, u.a. mit der Schwester von Wera Sandner, ihrem Ex-Verlobten, Freundinnen und Arbeitskollegen. Darüber hinaus wurden Interviews mit der Ex-Frau von Rolf Kühnle, seinen früheren Bekannten, Arbeitskollegen und dem langjährigen Betreuer seiner Mutter durchgeführt.

Wera Sandner wollte in Bulgarien Urlaub machen. Aber nicht allein, wie sie Herrn



Diese Aufnahme von Wera Sandner und Rolf Kühnle entstand vermutlich im Frühjahr 1972 in der ČSSR.

Im August 1972 traf eine junge Frau mit „Interflug“ via Burgas im bulgarischen Seebad Sonnenstrand ein (BStU MfS BV Cbs. AIM 1060/71, T II, Bd. 1, Treffbericht 09.08.1972, MF, nicht paginiert). Die bulgarische Schwarzmeerküste, auch „Rote Riviera“ genannt, war ein beliebtes Urlaubsziel für DDR-Bürger, die sich eine solche Reise leisten konnten. Doch die junge Frau war nicht nur Urlauberin. Wera Sandner alias „Regina“ war seit geraumer Zeit als inoffizielle Mitarbeiterin der Spionageabwehr des MfS tätig.

Wera Sandner wuchs im sächsischen Klingenthal auf. Die Frau mit den langen dunklen Haaren lebte als Büroangestellte in Cottbus (Stefan Appelius, Wera und Rolf – Die deutsch-deutsche Geschichte einer tödlichen Flucht, in: Einsichten und Perspektiven, Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte Nr. 3/2009). Sie hatte bei einem Einsatz in Prag einen jungen Mann aus Westdeutschland kennengelernt. Einen, für den sich die ostdeutsche

ČSSR. Doch die Stasi hatte alles herausgefunden. Ihr Führungsoffizier, den sie nur als Herrn „Meißner“ kannte, ein in die Jahre gekommener Unterleutnant namens Hans Woithe, war alarmiert. Plante seine Agentin abzuhaufen? Das mußte er unter allen Umständen verhindern.

Am 18. Mai 1972 wurde Wera Sandner von ihm zum Gespräch bestellt. Neben Herrn „Meißner“ war auch ein gewisser Herr „Hoffmann“ aufgetaucht. Seinen tatsächlichen Namen, Oberleutnant Manfred Ebel, erfuhr Wera nicht. Die beiden Stasi-Offiziere wollten die junge Frau einschüchtern: „Dem IM wurde aufgezeigt welche Folgen für sie entstehen können, falls sie durch K. zu einer unbedachten Handlung verleitet wird. Ihr wurde in diesem Zusammenhang einiges über die Sicherung der Grenzen unseres Lagers gesagt.“ (BStU MfS BV Cbs. AIM 1060/71, T II, Bd. 1, Aussprachebericht 19.05.1972, MF, nicht paginiert)

„Meißner“ glauben machte, sondern mit Rolf Kühnle. Das Paar beabsichtigte im Anschluß an ihren Aufenthalt an der Schwarzmeerküste in den Westen zu fliehen. Und vermutlich hatte die Stasi genau das herausgefunden. Naheliegender ist, daß der ostdeutsche Geheimdienst aus diesem Grund eine Operative Personenkontrolle gegen Wera Sandner einleitete. Aktenstücke darüber gibt es allerdings nicht. In eine solche Operative Personenkontrolle wäre automatisch die Operativgruppe des MfS in Bulgarien einbezogen worden. Die Aufgabe dieses an der Schwarzmeerküste stationierten, seit Mitte der 1960er Jahre existierenden Stasi-Kommandos bestand darin, DDR-Urlauber im Auge zu behalten, Geheimdienstaktivitäten des Gegners zu kontrollieren und Fluchtversuche frühzeitig zu verhindern.

Am 17. August 1972 traf Rolf Kühnle mit seinem weißen Skoda-Cabriolet aus Nürnberg kommend in Nessebar ein. In den folgenden Tagen wohnte er gemeinsam mit Wera in seinem Hotelzimmer. Daß die am Sonnenstrand stationierten Mitarbeiter der Operativgruppe des MfS unter Führung von Major Günter Herfurth von diesem Zusammentreffen und dem tagelangen Beisammensein des verdächtigen Paares nicht unterrichtet war, läßt sich ausschließen.

Am 23. August 1972 wurde das Paar erschossen. Ein paar Tage später, Ende August 1972, erschien in einer bulgarischen Wochenzeitung ein Bericht über den Tod der beiden jungen Leute.

Heute wissen wir, daß dieser Bericht von einem Mitarbeiter der bulgarischen Staatssicherheit (MWR) verfaßt wurde. In dem Bericht hieß es, daß Kühnle und Sandner gemeinsam im Hotel „Phönix“ am Sonnenstrand gewohnt hätten. Es ist die erste Unstimmigkeit. Ein Hotel dieses Namens existierte in dem Touristenkomplex nämlich nicht. Anschließend seien sie – so der Bericht – nach Nessebar umgezogen. Warum sie angeblich umgezogen sind, bleibt völlig unklar. Heute wissen wir allerdings, daß sich in Nessebar eine Villa befand, in der sich das Hauptquartier der Operativgruppe des MfS befand.

Auch Medien in der Bundesrepublik berichteten über das Ereignis. In der ARD-Tagesschau war von einem vereitelten Fluchtversuch eines Liebespaares an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze die Rede.

Angeblich war das Paar mit Kühnles Wagen von der Schwarzmeerküste über Sofia bis kurz vor die jugoslawische Grenze gefahren. Dort habe es den Wagen abgestellt, um sich durchs Unterholz zu schlagen. Wenig später sei das Paar in unmittelbarer Nähe der scharf bewachten Grenzübergangsstelle „Kalotina“ von einem Grenzsoldaten entdeckt worden. Die GÜST „Kalotina“ war, neben der GÜST „Flughafen Sofia“, der einzige bulgarische Grenzübergang, der direkt der Abteilung 12 der II. Hauptverwaltung (Staatssicherheit) des Mdl unterstand (BStU MfS HA II 38262, Bl. 0039). Angeblich habe Kühnle den Grenzer „durch Steinwürfe“ angegriffen, woraufhin sich dieser mit seinem Maschinengewehr „wehrte“ (BStU MfS BV Cbs. AIM 1060/71, T I, Bd. 1, Bl. 0090).

Doch warum hatte Kühnle in Nürnberg falsche Ausweispapiere für seine Verlobte anfertigen lassen? Diese falschen Papiere wurden später bei der Leiche von Wera Sandner gefunden. Niemand, der über die grüne Grenze floh, brauchte falsche Papiere. Warum trug Rolf Kühnle bei der angeblichen nächtlichen Flucht durchs Unterholz ein weißes Hemd?

Erst zwei Tage, nachdem das Paar erschossen wurde, am 25. August 1972, wurde Hauptmann Wolfgang Ullmann

War die an der Schwarzmeerküste stationierte Operativgruppe des MfS in den Vorfall verwickelt? Auch dafür gibt es keine Beweise. Überraschend ist allerdings, daß die Kaderakte von Major Günter Herfurth keinen Hinweis auf dessen zweijährigen Auslandseinsatz in der Volksrepublik Bulgarien enthält (BStU MfS KS 21288/90). Bei allen anderen damals in der Volksrepublik Bulgarien eingesetzten hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern – einschließlich aller übrigen Leiter der Operativgruppe – sind diese Angaben korrekt eingetragen. Nur bei Herfurth nicht.

Daran, daß Herfurth die Operativgruppe 1971/72 leitete, besteht indes kein Zweifel. Das bestätigt auch der damalige Verbindungsoffizier der Operativgruppe des MfS in Sofia, Jürgen Rambaum (Interview mit Jürgen Rambaum, Berlin, 27.05.20011). Major Herfurth habe in jenen zwei Jahren im Sofioter Stadtteil „Geo Milev“ im Lenin-Boulevard 63 über ein Büro verfügt, erinnert sich Rambaum. Er sagte dem Verfasser, daß sich damals im selben Haus eines der angesagtesten Sofioter Restaurants befand.

Nach dem Tod von Kühnle und Sandner wurde Major Herfurth wieder nach Ostberlin versetzt und erfreute sich 1975 einer frühzeitigen Beförderung zum Oberstleutnant. Auffallend ist auch, daß



Wera Sandner im Sommer 1971 in Prag.

(HA VI Linie SRT Abteilung 2, „Rückwärtige Dienste“) in Ostberlin telefonisch über den Vorfall informiert (BStU MfS BV Cbs. AIM 1060/71, T I, Bd. 1, Bl. 0090 f).

der im Sommer 1972 direkt in Nessebar eingesetzte Stasi-Oberleutnant Wolfgang Helfricht, zuständig für die Überwachung der südlichen Schwarzmeerküste zwischen Burgas und der türkischen Gren-



ze, ebenfalls in die DDR zurück beordert wurde (BStU MfS KS 7333/90). Obwohl er erst seit einem Jahr in der Volksrepublik stationiert war und die Einsätze von Mitgliedern der Operativgruppe normalerweise mehrere Jahre dauerten.

Würden sich Hinweise auf Kühnle und Sandner in anderen Akten finden lassen? Der Verfasser überprüfte sämtliche Akten der im Sommer 1972 an der Schwarzmeerküste eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, die als Mitarbeiter des „Reisebüros der DDR“ eingesetzt waren. Kühnle und Sandner werden darin nicht erwähnt. Trotzdem war die Durchsicht nicht ohne Ergebnis. Keine dieser – häufig sehr ausführlichen – Akten enthält Berichte aus dem Zeitraum zwischen dem 10. und 25. August 1972, dem Zeitraum, in dem sich Kühnle und Sandner in Bulgarien aufhielten. Bei den damals direkt am Sonnenstrand eingesetzten Mitarbeitern sind die Lücken in diesen Akten bezüglich des Sommers 1972 sogar noch deutlich größer – teilweise fehlen die Berichte über mehrere Monate.

Es fehlt auch der Obduktionsbericht des Rolf Kühnle, der sich nach seinem damals erfolgten Rücktransport in die Bundesrepublik bei der Nürnberger Staatsanwaltschaft hätte befinden müssen. Auffallend ist auch, daß sämtliche Briefe und Postkarten von Wera Sandner verschwanden, die Kühnle nach Aussage seiner Ex-Frau wie eine Art Altar in seiner Nürnberger Wohnung verwahrte.

Und es gibt noch andere Ungereimtheiten. Am 31. August 1972 flog eine Maschine des MfS von Berlin Schönefeld nach Sofia. An Bord befand sich neben drei Mitarbeitern der Hauptabteilung XIV (Untersuchungshaft) auch ein Offizier der Hauptabteilung IX (Untersuchung). Während diese Maschine normalerweise ganze Gruppen festgenommener DDR-Bürger zur Verurteilung zurückholte, stieg an jenem Tag nur eine einzelne Person ein, die auch nicht, wie sonst im Transportbericht üblich, namentlich erfaßt wurde. Statt dessen heißt es in der Akte nur: „Überführt wird eine Person H. I.“ (BStU MfS Abt. XIV 134)

Der damalige DDR-Konsul in Sofia, Dr. Peter Krause, erklärte dem Verfasser, er könne sich nicht an den Fall des Pärchens erinnern (Interview mit Dr. Peter Krause, Berlin, 12.06.2006). Doch Stasi-Akten dokumentieren, daß Krause die Beerdigung von Wera Sandner auf dem Sofioter

Friedhof Bakarena Fabrika organisierte (BStU MfS BV Cbs. AIM 1060/71, T I, Bd. 1, Bl. 0091).

Eine ganz andere Erklärung hat Jürgen Rambaum, damals Verbindungsoffizier der Operativgruppe des MfS in Bulgarien. Nach seiner Ansicht müsse sein damaliger Chef, Major Herfurth, direkt mit dem Fall befaßt gewesen sein. Der habe sich nämlich in den Sommermonaten „fast ausschließlich“ an der Schwarzmeerküste aufgehalten (Interview mit Jürgen Rambaum, Berlin, 27.05.2011). Er selbst, Rambaum, zu dessen vorrangigen Aufgaben die Verhinderung von Fluchtversuchen an der bulgarischen Grenze zählte, habe mit der Angelegenheit „nichts“ zu tun gehabt. Allerdings sei es naheliegend, daß er am 25. August 1972 über eine spezielle abhörsichere Leitung im Bulgarischen Innenministerium die Hauptabteilung VI des MfS telefonisch vom Tod des deutsch-deutschen Paares

unterrichtete. Erinnern kann er sich daran jedoch angeblich nicht.

Dagegen erinnert sich der frühere Oberleutnant im Gespräch mit dem Verfasser an ein anderes Detail. Major Herfurth sei am 14. August 1972 von Schönefeld nach Burgas geflogen. Das wisse er genau, denn an jenem Tag entging Herfurth nur knapp dem Tode, wie er ihm erzählte. Die ursprünglich von Major Herfurth gebuchte „Interflug“-Linienmaschine vom Typ „Iljuschin IL 62“ stürzte kurz nach dem Start in Königswusterhausen ab, wobei alle 156 Insassen ums Leben kamen. Herfurth sei daraufhin mit „der nächsten Maschine“ nach Burgas geflogen (Interview mit Jürgen Rambaum, Berlin, 27.05.2001). – Es ist ein merkwürdiger Zufall. Denn genau in dieser Maschine saß nachweislich auch Wera Sandner.

(Prof. Dr. Stefan Appellius ist Politikwissenschaftler und Hochschullehrer.)



Fotos: Archiv Stefan Appellius

Wera Sandner mußte in Bulgarien beerdigt werden. Eine Überführung in die DDR wurde verboten. Das Bild zeigt ihre Eltern im Sommer 1973 am Grab in Sofia.

## „Nicht der Boxer, sondern sein Handschuh war's“

Die Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des brandenburgischen Landtages legte nach vierjähriger Arbeit ihren Abschlußbericht vor. Der Politikwissenschaftler **Dr. Helmut Müller-Enbergs** gab dazu ein Minderheitenvotum ab – hier einige Auszüge.

[...]Die tragende Partei in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam war die SED. Sie verlor mit der Herbstrevolution ihre Machtstellung und vollzog in ihren Reihen selbst schon einen vorsichtigen Elitenwechsel. Mit Lothar Bisky, der sich später dem Vorhalt, IM „Bienert“ gewesen zu sein, zu stellen hatte, und Michael Schumann, der auf dem außerordentlichen SED-Parteitag 1989 die wohl anti-stalinistischste Rede in der Parteigeschichte gehalten hatte, verfügte die PDS über zwei vorzeigbare Funktionäre, hinter denen sich andere aus den Bezirks- und Kreisleitungen bequem verstecken konnten [...], so daß es im Landtag Brandenburg zu dem Kuriosum kam, daß das ehemalige rührige Mitglied der SED-Kreisleitung Potsdam und der kurzzeitige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Heinz Vietze für die PDS im Parlament saß. Trotz des Machtverlustes blieb Fortuna den Genossen halbwegs treu. Zum einen standen sie stets in der Wählergunst und konnten die Anzahl unter den 88 Abgeordnetenmandaten von Wahl zu Wahl steigern. Zum anderen war die Zahl der SED-Genossen mit 2,3 Millionen (im Land Brandenburg 1990 mit 43 000 und 2005 mit 10 000 Mitgliedern immer noch stärkste Partei) einstmals so beachtlich gewesen, daß ihr beinahe jeder fünfte Erwachsene zugehörte. Diese Konstellation erzwang die Suche nach einem Hauptschuldigen für die Mißlichkeiten der SED-Diktatur aufzunehmen, die zunächst beim MfS mit lediglich 91 000 Hauptamtlichen endete. Gleichsam wurde damit die gefürchtete Rechte eines Boxers abgestraft, nicht der Boxer selbst, der die Hiebe steuerte. Von dort war es ein kleiner Schritt, um bei den zuletzt 189 000 IM anzulangen. Nicht der Boxer, sondern sein Handschuh war's. [...]

Auffallend an der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg ist, daß die wesentlichen Aktivitäten allesamt recht spät erfolgten. Im Zentrum stehen sowjetische Haftlager der frühen Jahre (also die Repression durch die Besatzungsmacht), während die von Deutschen getragene SED-Diktatur in Brandenburg selbst, also die regionale Diktaturgeschichte und die Rolle der SED, Blockparteien und Staatssicherheit, auch mehr als 20 Jahre nach der Herbstrevolution – mit raren Ausnah-

men – zu den Tabus zählen. Das darf als Zeichen dafür gelesen werden, daß noch Akteure der SED-Diktatur auf der Bühne stehen, deren Interesse an Reflexion ihrer Rolle im System wohl noch zu entwickeln



Kein historisches Foto, sondern ein Bild, daß am 30. Oktober 2013 in Langenorla, im thüringischen Saale-Orla-Kreis, von Baldur Haase aufgenommen wurde.

ist. Bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg werden die Zuschauer mit der Darstellung von unwahrscheinlichen oder extravaganten, aber denkbaren Situationen, Verkleidungen und Verwechslungen unterhalten – mit Humor, Wortspielen und Anspielungen. In einem Wort: als Komödie. Es kommt auf den Standpunkt an, ob dieser Brandenburger Weg als gescheiterte Aufarbeitung oder als erfolgreiche Integration von Genossen und Freunden der Partei beziehungsweise Blockparteien oder der Staatssicherheit anzusehen ist.

Aber noch glimmt die Geschichte. Das hat die Arbeit der Enquete-Kommission eindrucksvoll bewiesen, und wenn es denn dem Landtag noch zukünftig um die Geschichte der SED-Diktatur im Land gehen sollte, wird sicherlich achtungsvoll auf die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur, die Stiftungsprofessur, die mühsam abgerungenen Verbesserungen für die Verfolgten und auf die endlich gesicherte Untersuchungshaftanstalt des MfS in Potsdam, auf das „Linden-Hotel“ verwiesen. Die Abgeordneten haben damit, scheint zu befürchten, im weiteren nichts mehr zu tun. Wir haben nicht die Kraft gebracht, das Geschehene in der SED-Diktatur eindrucksvoll und in gesellschaftlicher

Breite zu untersuchen, und das Aufgefundene in unserem Abschlußbericht nur verklärt zu benennen.

Der Abgeordnete Peer Jürgens (Die Linke) befand, die Kultur des Schweigens habe es so nicht gegeben. Der Abgeordnete Dieter Dombrowski (CDU) stellte fest: „Es wurde nicht geschwiegen, sondern es gab unterschiedliche Auffassungen.“ Und die Abgeordnete Susanne Melior (SPD)

schloß sich dem „ausdrücklich“ an, sie habe kein „Schweigekartell“ bemerken können.

Sie haben recht: Es gab in der Enquete-Kommission nicht eine Kultur des Schweigens, sondern des Verschweigens – durch das Hinnehmen zurückgehaltener und versteckter Akten für Gutachter durch Ministerien, das Nennen falscher Angaben zu Kooperationswilligen des MfS etwa aus dem Justizbereich, dem Ausblenden vorgesehener, teils beschlossener Untersuchungsfragen wie geschürfter Ergebnisse, das Beschädigen des Ansehens und des Wegstimmens von Sachverständigen und Zeitzeugen – sowie eine Kultur der „Lücken“ im Abschlußbericht.

Der Historiker und als Sachverständiger vor die Enquete-Kommission gebetene Christian Meier sah das am 26. November 2010 so: „Ein wichtiger Punkt ist, daß das Schweigen überwunden wird, das heute noch weitgehend vorhanden ist, das wir ganz ähnlich in Westdeutschland mit der Geschichte 1945 gehabt haben, dieses entsetzlich quälende, lange Schweigen, das für mein Empfinden sehr verständlich ist: Es braucht sehr viel Zeit, bis man sich selbstkritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt.“

## „Perfekte Population“

### Wurden in DDR-Gefängnissen medizinische Versuche durchgeführt?

Für Fortschritte in der Medizin sind wissenschaftliche Untersuchungen notwendig, deren Ergebnisse im Idealfall Patienten und der gesamten Gesellschaft zugute kommen. Experimente am Menschen beinhalten für alle Beteiligten aber auch große moralische Herausforderungen. Gerade medizinische Forschung in Gefängnissen wirft dabei spezielle ethische Fragen auf; die Insassen „totaler Institutionen“ sollten besonders geschützt werden. In der Geschichte der Medizin sind hier viele Grenzüberschreitungen geschehen. Gefangene erschienen vermeintlich prädestiniert für die Forschung zu sein: Man hat eine Gruppe meist gesunder, junger Menschen unter voller Beobachtung, kann ihre Nahrung, täglichen Tätigkeiten und Sportmöglichkeiten genauestens

tige Heilbehandlungen“ des Innenministeriums (1931) formuliert. International bekannt geworden ist vor allem der „Nuremberg Code of Medical Ethics“; er wurde im Urteil des Nürnberger Ärzteprozesses (1947) veröffentlicht. Nach den grauenvollen Versuchen des Dritten Reichs wollte man ein Regelwerk schaffen, das klare Anleitungen zum ethisch legitimen Forschen festschreibt. Darin wird insbesondere eine freiwillige Zustimmung nach Aufklärung des Versuchsteilnehmers gefordert, aber auch ein angemessenes Verhältnis von Nutzen und Risiken für die Forschung. Offensichtliche Gefahren bei Experimenten wurden ausgeschlossen, um menschenverachtende oder „terminale“ Versuche, wie sie etwa in den KZs durchgeführt wurden, zu verhindern.

1972 als reine Beobachtungsstudie ohne Therapie und wurde sogar durch den öffentlichen Gesundheitsdienst finanziert.

Als Studentin der Humanmedizin, die sich dem hippokratischen Gedanken, den Kranken zu helfen und den Gesunden nicht zu schaden, verpflichtet fühlt, war ich entsetzt, als ich das erste Mal von diesen Versuchen las. Es erschütterte mich noch heute, wie gerade Ärzte, die dem Wohl der Menschen dienen sollten, besonders schutzbedürftige Gruppen wie Gefangene so mißbrauchen können. In meiner Doktorarbeit zur Geschichte und Ethik der Forschung an Gefängnisinsassen will ich den Opfern dieser Experimente gerecht werden, ihnen eine Stimme geben und auf die Verstöße gegen moralische Grundlagen aufmerksam machen. Ich hoffe, auf diese Weise durch Anerkennung und Nennung des Leids den Opfern Respekt zu zollen und einen Beitrag zu einer gewissen „Wiedergutmachung“ und auch zur Vorbeugung für die Zukunft zu leisten.

Es gibt viele Gerüchte, aber wenig wissenschaftliche Belege für Versuche in Gefängnissen in der DDR. Da ich in meiner Doktorarbeit nicht nur internationale Beispiele betrachten will, sondern vor allem auch auf die deutsche Geschichte eingehen möchte, suche ich Betroffene, die auf deutschem Boden vielleicht Opfer von Experimenten geworden sind. Ich bin mir der immensen seelischen Belastung, die eine solche Erfahrung bedeutet, bewußt, hoffe aber, durch meine Arbeit ein wenig Gerechtigkeit für die Opfer zu erlangen und ihnen meinen Respekt zu zollen und den Betroffenen durch meine Arbeit die Anerkennung zu erbringen, die ihnen bisher versagt wurde. Natürlich würden alle Informationen nur im gewünschten Rahmen und vertraulich benutzt. Über Zuschriften mit Informationen oder Hinweisen wäre ich sehr dankbar! Gerne können persönliche Berichte bei Einverständnis auch in anonymer Form zitiert und Ergebnisse der Untersuchung bei Interesse zugesandt werden.

Anna Maria Lehner

Kontakt: Anna Maria Lehner, Adam-Klein-Straße 19, 90492 Nürnberg, E-Mail [anna-maria.lehner@gmx.de](mailto:anna-maria.lehner@gmx.de), Tel. (0176) 70 98 19 01



Foto: Gedenkstätte Bautzen

Totale Institution: Einzelfreihöfe in Bautzen II.

überwachen und beeinflussen. Auf den ersten Blick wirkt dies wie die perfekte Population für Forschungsstudien, aber gerade Gefängnisinsassen müssen nach heutigem Verständnis geschützt werden. Da Häftlinge zu Leitung und Personal von Gefängnissen in einer besonderen Abhängigkeit stehen, muß ihre Sicherheit gewährleistet sein. Experimente, die mit Gefahren und Risiken einhergehen, sollten bei Menschen, die sich in Gefangenschaft Vergünstigungen durch Teilnahme an Forschung erhoffen, nicht durchgeführt werden. Dieses Verständnis von Protektion besonderer Gruppen in der wissenschaftlichen Forschung, die auf der Anerkennung der Würde eines jeden Menschen basiert, existiert schon lange Zeit.

Erste Richtlinien zum Schutze von Forschungsteilnehmern wurden nach ethisch problematischen Experimenten bereits mit den „Preußische Anweisungen“ im Jahr 1900 und „Richtlinien für neuar-

Auch die Möglichkeit, die Teilnahme an einer Studie jederzeit ohne Nachteile abbrechen zu können, muß jedem Teilnehmer zugesichert werden. Diese und andere Regeln wurden in darauf folgenden Richtlinien wie der „Deklaration von Helsinki“ des Weltärztebundes 1964 bekräftigt.

Trotzdem ist es leider immer wieder zu Verstößen gegen das Grundrecht auf Unversehrtheit der Versuchspersonen gekommen. Schon aus der Antike

sind erste Experimente an Gefangenen bekannt, bei denen man mehr über den menschlichen Körper erfahren wollte und moralische Grenzen überschritt. In der jüngeren Geschichte sind die grausamen Experimente an KZ-Insassen durch die Nationalsozialisten oder die Humanexperimente japanischer Militärärzte in China bekannt geworden. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg und in demokratischen Staaten kam es noch zu Verstößen gegen allgemeine Moralvorstellungen und ärztliche Prinzipien. Vor allem aus den USA sind einige Skandale bei Versuchen bekannt. So wurden in Tuskegee in den amerikanischen Südstaaten (Alabama) fast 400 afroamerikanische Landarbeiter, die an der chronischen und zum Tode führenden Krankheit Syphilis litten, nicht behandelt, um den „natürlichen Verlauf“ der Krankheit zu beobachten, obwohl seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit Penicillin ein Mittel zur Heilung zur Verfügung stand. Diese Forschung lief trotzdem bis

## Ausgeliefert

Buchvorstellung und Ausstellungseröffnung am 19. Mai 2014 im Amtsgericht Gardelegen

Seit 2007 beschäftigt sich die Vereinigung der Opfer des Stalinismus Sachsen-Anhalt mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Staatssicherheitsunterlagen intensiver mit dem Schicksal derjenigen, die unter der sowjetischen Besatzung ums Leben kamen. Das Projekt trägt den Namen „Abgeholt und verschwunden“. Die Ergebnisse wurden jetzt in der Studienreihe der Landesbeauftragten für die Staatssicherheitsunterlagen vom Mitteldeutschen Verlag unter dem Titel „Edda Ahrberg, Daniel Bohse, Torsten Haarseim, Jürgen Richter: Ausgeliefert. Haft und Verfolgung im Kreis Gardelegen zwischen 1945 und 1961“ veröffentlicht.

Die Ausstellungen „Der Verfolgung ein Gesicht geben. Sozialdemokraten in der SBZ/DDR 1945-1961“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) und „Haftschicksale verfolgter Sozialdemokraten im ROTEN OCHSEN 1945-1953“ der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) bildeten einen geeigneten Rahmen für die Präsentation des Buches. Veranstalter waren das Amtsgericht Gardelegen, die Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen-Anhalt, der Mitteldeutsche Verlag, die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle

(Saale) und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V. Gefördert wurde die Veranstaltung von der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt und unterstützt durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Außenstelle Magdeburg.

Am gleichen Tag brachte die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt am Amtsgericht Gardelegen eine Gedenktafel an, die an das Unrecht unter der sowjetischen Besatzungsmacht erinnert und der Opfer gedenkt. Der Text lautet: „In diesem Gebäude befand sich zwischen 1945 und 1992 die sowjetische Militärkommandantur mit ihrem Gefängnis. Hier begann bis Mitte der 1950er Jahre für viele Menschen ein Leidensweg, der durch Unrechtsurteile und Todesopfer gekennzeichnet war. Im Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.“

Zu den Gardelegern, die die sowjetische Haft nicht überlebten, gehören: Josef Barduhn – geboren 1926, gestorben 1950 in der Strafvollzugsanstalt Torgau; Martin Carle – geboren 1891, gestorben 1946 im sowjetischen Speziallager Mühlberg/Elbe; Horst Hinz – geboren 1925, erschossen 1946 in Gardelegen; Kurt Hinz –

geboren 1922, erschossen 1946 in Gardelegen; Gustav Isenthal – geboren 1892, gestorben 1947 im sowjetischen Speziallager Mühlberg/Elbe; Wilhelm Müller – geboren 1890, gestorben 1948 im Zuchthaus „Roter Ochse“ Halle/Saale; Otto Mutz – geboren 1905, 1951 zuletzt gesehen in der sowjetischen Kommandantur, also hier; Willi Oehlke – geboren 1890, gestorben 1948 im sowjetischen Speziallager Mühlberg/Elbe; Gottwalt Quandt – geboren 1886, gestorben 1945 im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen; Erich Schmidt – geboren 1919, hingerichtet 1946 in Halle/Saale; Alfred Schwarlose – geboren 1896, gestorben 1948 im sowjetischen Speziallager Mühlberg/Elbe; Heinz Werner – geboren 1921, hingerichtet 1946 in Halle/Saale

Ihnen und allen anderen Verstorbenen gilt das Gedenken.

Edda Ahrberg



## Überlebt in Sachsenhausen

Gerhard Taege zu Gast in der Potsdamer Leistikowstraße

Zu einem Zeitzeugengespräch hatte Dr. Richard Buchner in die Gedenk- und Begegnungsstätte des ehemaligen KGB-Gefängnisses in der Potsdamer Leistikowstraße eingeladen. Mitveranstalter war die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 – 1050 e.V., im Podium vertreten durch ihren Vorsitzenden Joachim Krüger, MdA. Den Abend bestritt mit großem Engagement und für sein hohes Alter erstaunlicher Dynamik Gerhard Taege, der als SMT-Verurteilter mehrere Jahre im Speziallager Sachsenhausen – bis zu dessen Auflösung 1950 – die damaligen grauenvollen Haftbedingungen ertrug, aber auch überlebte.

Eindrucksvoll berichtete Gerd Taege, Jahrgang 1928, über seine Zeit in Eberswalde, wo er nach dem Schulbesuch und einer recht unbeschweren Jugend eine Tisch-

lerlehre begann, die dann in seine Einberufung zur Wehrmacht noch in den letzten Monaten vor dem Kriegsende mündete. Bis dahin wenig von den politischen Verhältnissen der damaligen Zeit berührt, erinnert er sich jedoch noch heute an den Abend, als die Synagogen brannten und ein Familienmitglied zu ihm und seinem Bruder sagte, das werde die Deutschen teuer zu stehen kommen.

Nach kurzem Einsatz an einer 10,5-cm-Flak in Norddeutschland kam er in englische Kriegsgefangenschaft, wobei er über den Umgang mit den deutschen Gefangenen nur Gutes zu berichten wußte, einschließlich der Fürsorge der Engländer, bei deren Entlassung diejenigen Deutschen zu warnen, die in das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone zu ihren Angehörigen aufbrechen wollten. In seiner Hei-

matstadt Eberswalde angekommen, hatte er zum ersten Mal unmittelbaren Kontakt mit russischen Soldaten. Dabei machte er im Freundeskreis einige abfällige Bemerkungen über deren abgerissenes Äußeres im Vergleich zu den englischen Truppen, die er kennengelernt hatte.

In dieser unmittelbaren Nachkriegszeit blühte in der SBZ das Denunziantentum, und so wurde Gerd Taege angeschwärzt, abträgliche Bemerkungen über die Rote Armee gemacht zu haben und damit der Sowjetmacht seine feindliche Haltung gezeigt und sie tief beleidigt zu haben. Dies wurde als Hetze gegen die Sowjetmacht eingestuft. Am 20. Dezember 1945 erfolgte seine Verhaftung; nach kurzem Prozeß, der jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprach und keine menschenwürdige Verteidigung erlaubte, erfolgte die Verurteilung zu zehn Jahren Zwangsarbeit.

Sein Leidensweg führte über das NKWD-Lager Alt-Strelitz im September 1946





Foto: Joachim Krüger

Gerd Taege (l.), mit seinem Sohn bei einem Besuch in Sachsenhausen.

nach Sachsenhausen. Mit noch immer großer emotionaler Anteilnahme berichtete Gerd Taege über die dortigen Haftbedingungen: Die Menschen waren zu Dutzenden auf engstem Raum eingepfercht, die sanitären Bedingungen waren unbeschreiblich schlecht; ein letzter Rest vom Intimsphäre wurde zerstört, um den Überlebenstrieb der Gefangenen zu brechen. Die tägliche Nahrung, so berichtete er, war völlig unzureichend, aber schlimmer noch waren die hygienischen Bedingungen, die zu Massenerkrankungen und

in der Regel zum unausweichlichen Tod führten, weil Medikamente und ärztliches Personal kaum oder gar nicht vorhanden waren. Lange Monate waren die Häftlinge völlig isoliert, durften ihre Haftbaracke nur zum Appell verlassen und hatten keinen Kontakt zur Außenwelt; ihre Familien wußten nichts über ihren Verbleib.

Gerd Taege hatte Glück im Unglück: Er war jung, nicht groß gewachsen, stämmig würde man heute sagen. Er konnte die Arbeit als Träger für die Essenskanister leisten und hatte damit die Chance, etwas mehr Nahrung zu erhalten. Im Industriehof neben der Zone 1 konnte er seine Tischlerkenntnisse bei der Ausführung von Aufträgen der Russen einsetzen, was ihm weitere Überlebenschancen eröffnete. So manche Mohrrübe, des Nachts unter Lebensgefahr aus der Gärtnerei entwendet und gargekocht, ergänzte die Tagesration. Und doch war sein Körpergewicht längst unter 100 Pfund gefallen, als er – nach einer Tätigkeit im „Nachkommando“ – Sachsenhausen am 5. März 1950 verlassen konnte. Noch heute ist dieser

Tag für ihn wie der einer zweiten Geburt. Was danach kam, war anfangs auch nicht einfach: Hilfsarbeiter beim Kohlenschippen, Zwangsverpflichtung zur Wismut nach Aue, Flucht nach West-Berlin und dann endlich Aufnahme einer Lehre mit guter Berufsperspektive, Heirat, Familie.

Gerd Taege hatte es geschafft, aber noch heute kommen ihm die Tränen und erstickt ihm die Stimme, wenn er über das Schicksal all derer berichtet, die diese Haftbedingungen nicht überlebten und zu den mehr als 12 000 Toten des Speziallagers Sachsenhausen zählen. Er hebt hervor, daß letztendlich nur der enge Zusammenhalt mit einer Handvoll Kameraden während der Lagerzeit, die sich gegenseitig unterstützt und ermutigt haben, ein Überleben ermöglichte, und es mußte viel Glück, sehr viel Glück dazukommen!

Mit Beifall und tiefer innerer Betroffenheit und Anteilnahme dankten die Anwesenden Gerd Taege für seine Ausführungen.

Joachim Krüger

## Erschütternde Schilderungen

(hs) „Die Frauen im Gulag“ – dieses Thema stand im Mittelpunkt der Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion, die vom 30. Mai bis 1. Juni in Karlsruhe stattfand. Als Referent war der Berliner Historiker Dr. Meinhard Stark, Autor mehrerer Bücher über den sowjetischen Gulag, gewonnen worden. Sein Bericht über das Leiden der Frauen in den Gefängnissen und Straflagern führte in der anschließenden Diskussion zu erschütternden Schilderungen persönlicher Schicksale. Meist hatten Frauen ihre besonderen Erfahrungen und Leiden für sich bewahrt. Daß sie hier – wohl zum ersten Mal – öffentlich darüber sprachen, löste tiefe Betroffenheit aus. Seit kurzem hat die Lagergemeinschaft eine eigene In-

ternet-Seite ([workuta.de](http://workuta.de)), die von Stefan und Margreet Krikowski gestaltet wurde. Stefan, dessen bereits verstorbener Vater politischer Häftling in Workuta war, schilderte die besonderen Details dieser Seite, die in dieser Form bislang ohne Beispiel ist. In einem weiteren Referat berichtete Edda Ahrberg über eine Gruppenreise im vergangenen Jahr nach Workuta. Edda Ahrberg und Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen seit Jahren die Arbeit der Lagergemeinschaft.

Über 80 ehemalige politische Häftlinge und Angehörige hatten sich im „Schloßhotel“ zu dem von der Stiftung Aufarbeitung geförderten Treffen versammelt.

Karlsruhes Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup hieß sie als gern gesehene Gäste seiner Stadt willkommen. Mit einem eindrucksvollen Grußwort würdigte er den Widerstand gegen den kommunistischen Terror, der entscheidend dazu beigetragen hat, daß wir in einem vereinten freiheitlichen Rechtsstaat leben.

Die von Horst Schüler seit vielen Jahren geleitete Lagergemeinschaft wird trotz des hohen Alters ihrer Angehörigen weiter bestehen und eine wichtige Stimme unter den Opferverbänden bleiben. Im kommenden Jahr wird wahrscheinlich Hannover oder Magdeburg Ort ihres Jahrestreffens sein.

(In der nächsten Ausgabe wird eine Reportage über die Jahrestagung der Lagergemeinschaft erscheinen.)

## „Die Gedanken sind frei!“

### Feierliche Eröffnung der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden

Unter großer Anteilnahme wurde am 9. Mai 2014 nach längerer Umbauzeit die Gedenkstätte in der Bautzner Straße in Dresden neu eingeweiht. (Ich sprach sogar mit einem Deutschen, der extra aus China angereist war.) Pünktlich um 16 Uhr begrüßte der Vorsitzende des Trägervereins, Dr. Herbert Wagner, die große Zahl der Gäste vor dem Haupteingang

und wollte gerade der Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden, Helma Orosz, das Wort übergeben, als ein Gewittersturm losbrach. Die symbolisch errichtete Mauer aus Pappkartons wurde diesmal vom Winde verweht. Ohne Verzug wurde daraufhin das Programm im sanierten Saal des ehemaligen Objektes der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit weitergeführt.

So konnte Frau Orosz unbeeinträchtigt vom Wetter ihre Begrüßungsrede an die Gäste und Ehrengäste richten – unter ihnen Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Jens Drews, Slicon Saxony, Prof. Dr. Werner Patzelt, Politiker und Abgeordnete des Sächsischen Landtages, die Geschäftsführer und Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Landeszentrale für Politische Bildung, Lutz Rathenow, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Sachsen und der Vorsitzende des VOS-Landesverbandes.

Das schöne Motto „Die Gedanken sind frei!“ bildete den Rahmen für die Auftaktveranstaltung. Zunächst wurden die Gäste zum Mittag aufgefordert und sangen das alte Volkslied Strophe für Strophe. Nach jeder Strophe trugen der ehemalige politische Häftling Siegmund Faust und Uljana Sieber, die Leiterin der Gedenkstätte, Texte aus originalen Stasi-Akten vor. Besonders interessant war dann die Diskussion im Forum zwischen Roland Jahn und Jens Drews, die Prof. Patzelt sehr gekonnt moderierte, zum Thema „Information und Datenschutz in Diktatur und Demokratie“. Vor allem Roland Jahn machte den Unterschied deutlich klar: In der Diktatur konnte man mit ungeschützter Informations- und

Datenweitergabe an die Geheimdienste Freiheit und Leben verlieren. In der Demokratie sind die Auswirkungen dagegen begrenzt, und Geheimdienste haben hier keine polizeilichen Vollmachten, sie dürfen nicht verhaften und verurteilen, nicht eigene Haftanstalten und Straflager betreiben. Was wäre gewesen, wenn die Stasi die heutigen technischen Möglichkeiten, wie Internet, Google, Twitter, gehabt hätte, lautete eine provokative Frage. Das aber ist Spekulation. Tatsache ist, das System scheiterte letztlich an den technischen und ökonomischen Anforderungen der Zeit. Das dogmatische und starre kommunistische Parteiensystem behinderte jede freie schöpferische Kraft. Wo die Gedan-

ken nicht frei sind, können sich schöpferisches Denken und Arbeiten nicht zu hoher Blüte entfalten.

Bernd Müller-Kaller



Losungen, die Ende 1989 auf die Mauer der Dresdner Stasi-Zentrale geschrieben wurden.

## Belter-Dialoge an der Universität Leipzig

Zum 6. Mal fanden am 28. April dieses Jahr die Belter-Dialoge an der Universität Leipzig statt, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Freistaat Sachsen mitgetragen werden. An diesem Tag vor 63 Jahren wurde Herbert Belter im Alter von 22 Jahren in Moskau erschossen. Er hatte sich zur Gewissens-, Rede- und Pressefreiheit bekannt. Seine Mitstreiter wurden überwiegend zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, die sie nördlich des Polarkreises in Workuta verbringen mußten.

An der Veranstaltung, die unter dem Motto „Militarisierung von Staat und Gesell-

schaft in der DDR“ stand, nahmen von der Belter-Gruppe Peter Eberle, Werner Gumpel und Siegfried Jenkner teil. Auch dabei war Dr. Maria Wolf aus Freiburg im Breisgau, eine Verwandte von Herbert Belter.

Der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Joachim Klose, betonte eingangs die Selbstinszenierung der DDR als antimilitaristischer Staat, der sie zu keiner Zeit war. Die Militarisierung des Alltags begann bereits mit der Erziehung in den staatlichen Einrichtungen und führte zu einer militärpolitischen Indoktrination mit festen Feindbildern. Von den Referenten

gelang es vor allem dem Theologieprofessor Klaus Fitschen, auf diesen Tatbestand mit zahlreichen Beispielen hinzuweisen.

Von den einmal im Jahr stattfindenden Belter-Dialogen, einer Geschichtswerkstatt im besten Sinne, sollte beispielgebend ein Funke überspringen auf die Fach- und Hochschulen sowie Universitäten der ehemaligen DDR, an denen studentischer Widerstand nachweisbar ist, um ebenfalls einen solchen Gedenktag einzuführen.

Gerald Wiemers

## DDR-Zwangsadoptierte fordern mehr Rechte

Am 18. April und 25. Mai 2014 führte der Verein OvZ-DDR (Hilfe für die Opfer von DDR-Zwangsadoptionen) e.V. in Kooperation mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. in Berlin Kundgebungen durch.

Das Thema DDR-Zwangsadoptionen wird von Politik und Behörden bislang weitgehend ignoriert. Dies hat dazu geführt, daß die Rechte von Betroffenen von Zwangsadoptionen unzureichend sind. Es fängt bereits damit an, daß die derzeitige Rechtslage es den Betroffenen schwer macht, ihre eigene Geschichte überhaupt aufzuarbeiten. So bekommen viele Adoptierte mit dem Verweis auf Datenschutz und Persönlichkeitsrechte von Dritten keinerlei Kopien aus ihrer Adoptionsvermittlungsakte ausgehändigt, obwohl diese leicht, wie das Beispiel des Umgangs mit den Stasi-Akten zeigt, durch Schwärzungen geschützt werden könnten. Tatsächlich wird in Einzelfällen auch so verfahren.

Ob der Betroffene aber seine Akte zu sehen bekommt oder nicht, obliegt letztlich der alleinigen Entscheidung des Sachbearbeiters. Das erscheint den Betroffenen häufig als Willkür. Diese wirkt um so schlimmer, als heute noch alte Mitarbeiter der DDR-Jugendhilfe in den verantwortlichen Positionen der Adoptionsvermittlung sitzen.

Des Weiteren ist der Umgang mit politisch motivierten Zwangsadoptionen nach wie vor unzureichend. So wird die Tatsache, daß es solche überhaupt gab, häufig geleugnet, bzw. die Zahl der Fälle heruntergespielt. Aus den Erfahrungen in meiner Beratungstätigkeit ergibt sich allerdings ein ganz anderes Bild, besonders, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß viele politisch motivierte Zwangsadoptionen mit dem vorgeschobenen Strafdelikt

des „asozialen Verhaltens“ (§ 249 StGB-DDR) vertuscht wurden.

Daß § 249 StGB-DDR dazu mißbraucht wurde, Personen zu kriminalisieren, die politisch unliebsam waren, ist inzwischen in der Wissenschaft anerkannt.

Katrin Behr



Zwangsadoptierte und betroffene Eltern demonstrierten am 25. Mai vor dem Brandenburger Tor.

# Junge Wissenschaftler arbeiten DDR-Unrecht auf

UOKG-Verbandetreffen am 14. und 15. Juni in Berlin

(st) „Aufarbeitung des DDR-Unrechts als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung“ hieß diesmal das Thema des Verbandetreffens. Der erste der durchweg jungen Referenten, Hendrik von Qillfeldt, sprach über „Dissidenten für Devisen – Entwicklung des Häftlingshandels zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland“, dies war auch Gegenstand seiner Magisterarbeit gewesen. Der Freikauf durch die Bundesrepublik ab 1962/63 sei zunächst mit Bargeld, später mit Waren

Bis zur Besetzung am 5. Dezember 1989 befand sich in dem Gebäudekomplex die U-Haftanstalt der Dresdner Bezirksverwaltung des MfS. Nach fünfjährigem Leerstand sei Ende 1994 die U-Haft erstmals wieder öffentlich zugänglich gemacht worden. Inzwischen sei die Gedenkstätte ins sächsische Gedenkstätten-gesetz aufgenommen und werde dadurch auch gefördert. Als Besonderheiten der „Bautzner Straße“ nannte Uljana Sieber einen erhaltenen sowjetischen Haftkeller, die originale MfS-U-Haft, das Büro des letzten Dresdner Stasi-Chefs und einen MfS-Festsaal. Das Projekt „Gedenken“ sei ein Geschichtskurs mit 60 Schülern aus mehreren Schulen gewesen. Diese hätten zwei Jahre lang in ihrer Freizeit Zeitzeugen interviewt, Kunstwerke zum Thema geschaffen und eine Ausstellung entwickelt, auch ein „Raum der Stille“ sei entstanden.

tischen Bezug, schwere Verstöße gegen eine wissenschaftliche Arbeitsweise seien Standard gewesen.

Dr. Micha Christopher Pfarr schließlich widmete sich der strafrechtlichen Aufarbeitung der Mißhandlung von Gefangenen in den Haftanstalten der DDR. Nach einer Einführung in die rechtlichen Grundlagen und die Strafverfolgung in der DDR kam Pfarr zu dem Schluß, daß Gefangenenmißhandlung rechtlich zwar untersagt war, dies der Realität jedoch nicht entsprach. Die Mißhandlungen seien Partei- und Staatsführung bekannt, eine Verfolgung aber nicht erwünscht gewesen. Kritisch zu sehen sei bei den 79 Verfahren wegen Gefangenenmißhandlung nach der Wiedervereinigung die pauschale Berücksichtigung als strafmildernder Umstand, daß die Täter keine Vorstrafen hatten. Ebenso bedenklich sei die gerichtliche Einstellung gewesen, Verfahren wegen Mangel an öffentlichem Interesse und „Geringfügigkeit“ einzustellen. Eine der „geringfügigen“ Taten bestand darin, einen Jugendlichen 45 Minuten bei minus 15 Grad an das Anstaltstor zu ketten. Dennoch sei die strafrechtliche Aufarbeitung seines Erachtens gelungen. Zwar erfaßten die 79 Verfahren in keiner Weise das tatsächliche Unrecht, aber mit bundesdeutschem Recht sei mehr nicht möglich gewesen. Eine Schaffung von Sondergesetzen hätte sich von den Grundwerten entfernen müssen und damit die gesamte Aufarbeitung angreifbar gemacht. Allerdings wäre unverständlich, weshalb keine bessere Wiedergutmachung zustande gekommen sei.


Im Bericht des Vorstands gab UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner einen Einblick in die aktuelle Arbeit. Nach Abschluß der wissenschaftlichen Erforschung der Haftzwangsarbeit in der DDR müßten noch in diesem Jahr an Runden Tischen Gespräche über Entschädigungen beginnen. Zur Erhöhung der Opferrente liege ein Gesetzentwurf vor, doch die angebotenen 50 Euro seien Almosen und nicht akzeptierbar. Die Opferverbände forderten weiterhin mit Nachdruck die Aufnahme bisher nicht berücksichtigter Opfergruppen, die Vererbbarkeit der Opferrente und eine Rentengerechtigkeit. Diese sei erst hergestellt, wenn die Durchschnittsrente ehemaliger politischer Häftlinge jener der ehemaligen Täter entspricht. 



Foto: UOKG

Während des Vortrags von Stephan de Reese.

erfolgt, insgesamt wurden knapp 34 000 Häftlinge freigekauft. Das erste Freikaufgeschäft sei abenteuerlich verlaufen und habe acht Personen betroffen, das Bargeld wurde von einem Unterhändler direkt über die Grenze geschafft. Ab 1964 habe sich ein Regelwerk für die Transaktionen etabliert, zu dem auch der durchschnittliche Richtsatz von ca. 40 000 D-Mark pro Person gehörte. Mit Gründung der KoKo seien die aus dem Geschäft erzielten Waren nicht mehr in der DDR verblieben, sondern auf dem Weltmarkt gegen Devisen veräußert worden. Der Freikauf wurde von beiden Seiten zunächst strikt geheim gehalten, erst ab 1973 berichtete die westdeutsche Presse darüber. Die DDR habe immer wieder versucht, auch Kriminelle einzuschmuggeln, dafür seien sogar Akten geändert worden. So sollten die ehemaligen politischen Häftlinge in der Bundesrepublik diskreditiert werden.

Uljana Sieber, Leiterin der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden, stellte anschließend ihre Einrichtung und deren originelle Bildungsarbeit vor. Weil die Gedenkstätte erst spät und zunächst auf rein ehrenamtlicher Basis entstanden sei, wäre sie bisher noch nicht sehr bekannt.

Die Zahl von 15 000 Besuchern jährlich wäre deutlich zu erhöhen, es gebe allerdings zu wenig Personal.

Es folgte ein Referat über den wissenschaftlichen Wert der „Dissertationen“ an der Juristischen Hochschule des MfS von Polizeirat Stephan de Reese, der auf diese Problematik im Rahmen seiner Masterarbeit über „Einflußnahme des MfS auf die West-Berliner Polizei unter Berücksichtigung von themenspezifischen Dissertationen an der JHS“ gestoßen war. Die Bezeichnungen der Abschlüsse seien Diplomjuristen, Fachschuljuristen oder Staatswissenschaftler gewesen, die Lehrinhalte hätten sich jedoch nur zu 12 Prozent auf juristische Fragen bezogen. Vielmehr habe politisch-operative Grundlagenarbeit, Marxismus-Leninismus, militärische Ausbildung, Konspiration und Führung von IMs dominiert. Statt Rechtswissenschaftler habe die Hochschule Geheimdienstoffiziere ausgebildet. Die insgesamt 476 Doktoranden hätten 174 Dissertationen geschrieben, manche Arbeiten seien von bis zu zehn Autoren angefertigt worden. Eine öffentliche Verteidigung fand nicht statt, viele Dissertationsthemen hätten keinerlei juris-

## Aktuelle Resolutionen der UOKG

(uokg) Die im Haus 1 der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße versammelten Mitglieder des Dachverbands der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft verabschiedeten während ihres Treffens am 14. Juni 2014 zwei Resolutionen.

„Das Bundesministerium für Justiz hat kürzlich einen Referentenentwurf zur Verbesserung des Strafrechtlichen und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes vorgelegt. Demnach soll die Besondere Zuwendung für Haftopfer um 50 Euro, die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz um 30 Euro erhöht werden. Für uns, die wir unter der Willkürherrschaft der kommunistischen Obrigkeit gelitten haben, bedeutet dieser Entwurf eine herbe Enttäuschung.

Den Kern des Problems packt der Entwurf nicht an. Wesentliche Forderungen unsererseits, wie die Vererbbarkeit der Leistungen oder die Besserstellung bisher kaum berücksichtigter Opfergruppen, werden einfach ignoriert.

Für verschleppte Frauen, Zwangsadoptierte, Zwangsausgesiedelte und Zersetzungsoffer ändert sich nichts. Für die verfolgten Schüler und Studenten bleibt das Berufliche Rehabilitierungsgesetz ein Muster ohne Wert. Häftlinge, die weniger als 180 Tage Haft verbüßen mußten, bleiben weiterhin von der Besonderen Zuwendung für Haftopfer ausgenommen. Auch die Bedürftigkeitsklauseln bleiben unberührt.

Abgesehen davon ist eine Erhöhung um 50 Euro bzw. 30 Euro viel zu niedrig angesetzt. Angesichts der massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten seit 2003 bzw. 2007 ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Opfer der SED-Diktatur wollen aber weder ein Trinkgeld noch ein Almosen.

Wir verlangen endlich eine würdige und angemessene Anerkennung erlittenen Unrechts. Und solange die SED-Büttel aus Justiz, Partei und Stasi immer noch besser gestellt sind als die Opfer, ist dieses Ziel nicht einmal annähernd erreicht.

Wir sind darüber hinaus entsetzt, daß es das BJM trotz mehrmaliger Anfragen unsererseits und trotz einer Zusicherung aus diesem Hause bis heute nicht für notwendig hielt, die Opfer persönlich anzuhören. Dies ist ein Zeichen von mangelndem Respekt gegenüber denjenigen, die unter der kommunistischen Herrschaft gelitten haben.“

Die zweite Resolution beschäftigt sich mit der Rentensituation von DDR-Übersiedlern: „Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag hiermit auf, die Übersiedler aus der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland rentenrechtlich wieder so zu stellen, wie sie vor dem Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes gestanden haben.

Die Übersiedler fielen in den Bereich des Fremdrentengesetzes. Mit dem Fall der Mauer und dem Inkrafttreten des Renten-

überleitungsgesetzes wurden die Übersiedler wieder aus dem Regelungsbereich des Fremdrentengesetzes ausgegliedert. Durch das Rentenüberleitungsgesetz wurden sie den DDR-Bürgern gleichgestellt. Somit wurden die Übersiedler durch das deutsche Rentenrecht wieder rückwirkend zu DDR-Bürgern gemacht.

Wir fordern ein Ende dieser Diskriminierung. Im Namen des Rechtsstaates und der Gerechtigkeit muß der rentenrechtliche Status quo vor Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes wiederhergestellt werden.“

## Gedenken in Jamlitz

Am Sonnabend, dem **13. September 2014**, um 14.00 Uhr, führen wir auf dem Waldfriedhof Jamlitz unsere 25. Gedenkveranstaltung für die Toten des Sowjetischen Speziallagers Nr. 6 Jamlitz durch. Dazu laden wir herzlich ein.

Als Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V. sehen wir es als unsere wichtigste Aufgabe an, daß der mehr als 3400 Todesopfer und derer, die im Sowjetischen Internierungslager Nr. 6 Frankfurt/Oder-Jamlitz von Mai 1945 bis April 1947 gelitten haben, in würdiger Form gedacht wird. Unsere alljährlich am zweiten Septembersonnabend durchgeführte Gedenkveranstaltung, die wir seit

der geschichtlichen Wende im Jahr 1990 organisieren, bestärkt uns in unserer Arbeit. An ihr nehmen ehemalige Internierte sowie viele Angehörige von Opfern und eine zunehmende Zahl von interessierten Bürgern teil.

Vor unserer Feierstunde auf dem Waldfriedhof in Jamlitz findet um 11.00 Uhr in der Evangelischen Landkirche zu Lieberose ein Gedenkgottesdienst für die Opfer des Speziallagers Jamlitz statt, der in diesem Jahr von Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling gehalten wird.

Günther Kossatz  
Vorsitzender

## Enge Kooperation beschlossen

(uokg) Der Dachverband der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hat bei seinem Verbändetreffen am 14. Juni in Berlin eine enge politische Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) beschlossen, dem ältesten und mitgliederstärksten Verband ehemaliger politischer Häftlinge aus der SBZ und DDR. Diese Kooperation soll stetig ausgebaut werden, bis alle Voraussetzungen für eine förmliche Mitgliedschaft der VOS in der UOKG gegeben sind.

Der Bundesvorsitzende Rainer Wagner erklärte: „Die enge Verbundenheit beider Verbände wird schon jetzt daran deutlich, daß der Bundesvorsitzende der UOKG in Personalunion auch das Amt des Bundesvorsitzenden der VOS wahrnimmt. Bei den politischen Aktivitäten, besonders im Zusammenhang mit den zu erwartenden Gesetzen zur Verbesserung der Opferrente, der Anerkennung von Haftfolgeschäden und einer gerechten Regelung für die DDR-Haftzwangsarbeiter, sprechen UOKG und VOS daher bereits jetzt mit einer Stimme.“

### Suchanzeige

## Dem Castro-Regime entkommen

Welcher Regisseur oder Filmproduzent hat Interesse, einen Film über das Leben eines der bekanntesten kubanischen Saxophonisten, Juan de Dios, zu drehen? Er wurde von Fidel Castro brutal gefoltert und konnte später fliehen. Er lebt in Deutschland, seine Heimat wird er niemals wiedersehen. Sabine Christiansen interessiert sich bereits dafür.

Kontakt über: Monika Bandera, Tel. (0211) 99 44 977, [www.monika-bandera.de](http://www.monika-bandera.de)

## Bundespräsident besuchte Archiv der DDR-Opposition

(rhg) Bundespräsident Joachim Gauck hat mit seinem Besuch in der Robert-Havemann-Gesellschaft am 17. Juni 2014 den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gewürdigt. Im Archiv der DDR-Opposition werde gesammelt und dokumentiert, was es auch schon in frühen Zeiten an Widerstand gegen die SED-Diktatur gegeben habe, sagte der Bundespräsident. Er betonte, wie wichtig die Erinnerung an diejenigen sei, die sich zur Wehr gesetzt hätten: „In diesem Land muß man mehr über die Menschen reden, die Zivilcourage gezeigt haben.“


Angesichts der zahlreichen Dokumente zur Revolution von 1989, die sich im Bestand des Archivs befinden, wies der Bundespräsident auf die Bedeutung der Revolution hin:



Vorstandsmitglied Ulrike Poppe und Geschäftsführer Dr. Olaf Weißbach beim Archivrundgang mit Bundespräsident Joachim Gauck.

„Ohne daß Menschen aufstehen, fallen keine Mauern“, sagte Gauck. „Mein Anliegen 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist es, unsere eigene Freiheitsgeschichte stärker ins Bewußtsein zu bringen.“

Im Gespräch mit dem Vorstand und der Geschäftsleitung der Robert-Havemann-Gesellschaft erkundigte sich der Bundespräsident nach der Zukunft des Archivs. Die Regierungsparteien hatten 2013 in ihrem Koalitionsvertrag die dauerhafte Sicherung des Archivs vereinbart. Bis heute ist die Perspektive des Archivs jedoch unsicher. Dr. Olaf Weißbach, Geschäftsführer der Gesellschaft, erläuterte die schwierige Situation, besonders angesichts der wachsenden Nachfrage von Nutzern: „Allein aus Projektmitteln ist die Archivarbeit nicht mehr zu leisten“, resümierte Weißbach. Bundespräsident Gauck sicherte seine Unterstützung zu und sagte: „Ich wünsche dem Archiv, daß es auf Dauer arbeiten kann.“

Zum Abschluß trug sich der Bundespräsident in das Gästebuch der Robert-Havemann-Gesellschaft ein. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement und lud einen Vertreter des Archivs dazu ein, ihn zu den Feierlichkeiten am 9. Oktober 2014 nach Leipzig zu begleiten. 

## UOKG-Beauftragte „Kindheit hinter Stacheldraht“


Durch Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hat die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) die Möglichkeit erhalten, für das Jahr 2014 die Stelle eines UOKG-Beauftragten einzurichten. Seit März teilen sich diese Aufgabe Theo Mittrup und Dr. Christian Fuchs, der durch eine mehr als 15jährige Tätigkeit im Bundesinnenministerium und eine fünfjährige Arbeit im Dienst des Auswärtigen Amts viele Erfahrungen im Bereich von Politik und Verwaltung sammeln konnte. Er ist Sohn einer Flüchtlingsfamilie aus Schlesien, auch seine Frau stammt von dort.

Die UOKG-Beauftragten sollen die Geschäftsstelle professionalisieren und den UOKG-Vorstand unterstützen. Sie treten für ihn in der Öffentlichkeit auf und unterstützen die Vorbereitungen von Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums der Friedlichen Revolution.

Rainer Wagner

(al) Diese Wanderausstellung der Vereinigung der in Lagern/Gefängnissen der SBZ/DDR geborenen Kinder politischer Häftlinge wurde am 21. Juni 2014 in der Gedenkstätte Sachsenhausen eröffnet.

Heute ist weitgehend unbekannt, daß auch Kinder in den sowjetischen Speziallagern eingesperrt lebten, die in der Haft geboren worden waren. Oft waren die Mütter bei ihrer Verhaftung schon schwanger, manche Frau wurde es erst im Lager. Die Wanderausstellung vertieft das Thema und zeigt einzelne Biographien betroffener Kinder.

Die Ausstellung ist noch zu sehen bis zum **31. Oktober 2014** in der Gedenkstätte Sachsenhausen, Sonderausstellungsraum im Museum „Sowjetisches Speziallager“. Öffnungszeiten; Di – So 8.30 – 18.00 Uhr (ab 15. Oktober bis 16.30 Uhr) 

## Abschied

von Dr. Walter Schöbe  
(18.03.1929 – 17.05.2014)

Der in der Nähe von Bitterfeld aufgewachsene Arzt Dr. Walter Schöbe gehörte nach dem 2. Weltkrieg zu jenen jungen Menschen, die sich als 16jährige Flakhelfer von den Amerikanern tatsächlich befreit fühlten. Doch die Amerikaner zogen ab, die Sowjets zogen ein und über die Frauen her. Viel Volk haute Richtung Westen ab, manche dienten sich den Russen und ihren Statthaltern an, andere wie Walter Schöbe gingen von Anfang an in Opposition gegen die neue Terror-Diktatur. Bis zuletzt weigerte er sich, die DDR bei ihrem verlogenen Namen zu nennen. Für ihn blieb sie immer „Die Zone“.

Schöbe hatte soeben sein Veterinärmedizinstudium beendet, als er im Radio vom Volksaufstand am 17. Juni 1953 erfuhr und sofort in die Innenstadt Leipzigs eilte, um die Geschehnisse zu fotografieren. Kurz darauf und kurz vor seinem Hochzeitstermin mit Ursula, seiner Verlobten, wird er verhaftet. Im Vernehmungskeller des sowjetischen Geheimdienstes muß er unterschreiben, daß er und seine Freunde die Urheber des 17. Juni gewesen seien. „Damit waren die sowjetischen KGB-Vernehmer zufrieden.“ So kam es, daß er mit „nur“ 15 Jahren Zuchthaus davon kam, während andere sogar hingerichtet wurden. Über sechs lange Jahre sitzt er davon in Waldheim ab, bevor er amnestiert wird. Anschließend arbeitet er in einer Tierarztpraxis, darf zwar seinen Doktor machen, aber nicht lehren oder ausbilden. Widerstand gegen das gefestigt scheinende Regime wird immer gefährlicher, vor allem, wenn man Vater zweier Söhne geworden ist.

So beschließen die Eltern, der „Zone“ 1970 den Rücken zu kehren. Doch der Fluchtversuch mißlingt. Ursula Schöbe sitzt 53 Monate im Roten Ochsen zu Halle und anschließend im Frauenzuchthaus Hoheneck ab. Der ältere Sohn Thomas wird wegen Mitwisserschaft ebenfalls inhaftiert und Vater Walter lernt das Zuchthaus Brandenburg kennen. Im Dezember 1974 wird die Familie freigekauft. Im Westen unterstützt Walter Schöbe alles, was der Aufklärung über die zweite deutsche Diktatur auf deutschem Boden dient. Als im November 1989 die Mauer fällt und 1990 die Wiedervereinigung erreicht wird, empfindet er das als Sternstunde seines gesamten Lebens.

Menschenrechtszentrum Cottbus

## Durch das Leben ein Riß

(bsa) Der biographische Dokumentarfilm „Erich Loest – Durch das Leben ein Riß“ über Leben und Abschied des Schriftstellers und Chronisten der deutsch-deutschen Geschichte ist erstmals auf DVD erschienen. Ergänzt wurde der Film durch umfangreiches didaktisches Begleitmaterial für den Einsatz in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Die 2013 erschienene Dokumentation ist eine gemeinsame Produktion des Mitteldeutschen Rundfunks und der Avanga Filmproduktion, gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Im Leben des Schriftstellers Erich Loest manifestieren sich die Katastrophen und Brüche der vergangenen neun Jahrzehnte deutscher Geschichte: Loest war Hitlerjunge und Fähnleinführer, ausgebildet als MG-Schütze und „Werwolf“; zuerst strammer SED-Kader, dann verurteilter Konterrevolutionär und politischer Häftling in Bautzen; in den Westen vertriebener Schriftsteller und Heimkehrer in seine Stadt Leipzig. Dort blieb Loest einheimischer und kritischer Begleiter.

Ausführlich und detailliert erzählt Erich Loest in dem Film von René Römer ein letztes Mal sein bewegtes Leben: schonungslos sich und anderen gegenüber, von den ganz frühen Erinnerungen an den Reichstagsbrand bis in die jüngste Zeit.

Loest besucht seine Kindheitsorte im sächsischen Mittweida und wird von der Kamera bei seinem Abschiednehmen von Leipzig zum Völkerschlachtdenkmal begleitet. Loest berichtet von den Schäferhunden der Volkspolizei, die die Leipziger Beat-Demonstranten jagten, und der Zerstörung der Paulinerkirche der Messestadt.

Der 45minütige Film zeichnet ein Porträt der jüngeren deutschen Geschichte und zugleich das Bild eines unbeugsamen Chronisten, der sich stets selbst in Frage stellte, um dann eine einmal erkannte Wahrheit zu verteidigen. Selbstbestimmt setzte der 87jährige, schwer kranke Schriftsteller das Ende: Erich Loest wählte nur 14 Tage nach Abschluß der Dreharbeiten den Freitod.

Die DVD kann für eine Schutzgebühr von 5,00 Euro im Online-Publikationsshop der Bundesstiftung Aufarbeitung bestellt werden unter: [www.bundestiftung-aufarbeitung.de/erinnerungskultur-1273.html?PAGE=artikel\\_detail&artikel\\_id=296](http://www.bundestiftung-aufarbeitung.de/erinnerungskultur-1273.html?PAGE=artikel_detail&artikel_id=296).



.....  
 DVD „Erich Loest – Durch das Leben ein Riß“, herausgegeben von der Bundesstiftung Aufarbeitung 2014, produziert vom Mitteldeutschen Rundfunk und der Avanga Filmproduktion, gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung 2013; das pädagogische Begleitmaterial wurde entwickelt von paedigi – pädagogik digital  
 .....

## Heiligenlegende

### Eine Hermann-Kant-Biographie

Es ist schon ein gewagtes Unterfangen, ein biographisches Buch über einen Autor zu schreiben, denn man kennt, mehrmals getroffen hat und offensichtlich schätzt. Die Bewertungsskala verschiebt sich danach zugunsten dessen, über den man schreibt, und das entstehende Buch wird furchtbar langweilig. Erschwerend kommt in diesem Fall hinzu, daß die Verfasserin keine Literaturwissenschaftlerin ist, sondern ausgebildete Psychologin, wenn auch mit Dokortitel. Was dabei herausgekommen ist, ist kein kritisch abwägendes Buch über einen politisch umstrittenen Autor und sein literarisches Werk, sondern eine Art Gefälligkeitsgutachten im Umfang von 632 Seiten.

Schon beim Lesen des ersten Kapitels „Nach dem Kalten Krieg“ merkt man, daß die Biographin ihrem Stoff keineswegs gewachsen ist, weder als Wissenschaftlerin noch, was ihre DDR-Kenntnisse betrifft. Den Zugang findet sie nicht durch wissenschaftliche Analyse, sondern durch Sympathie für den Autor, die in Apotheose umschlägt.

Den 1926 in Hamburg geborenen Hermann Kant, der seit 1940 in Parchim/Mecklenburg aufwuchs, entdeckte sie im Frühstücksraum eines Genesungsheims, wohin sie ihren Ehemann, den Kölner Professor Wilhelm Salber, nach einer Operation begleitet hatte. Dort im Bücherregal entdeckte sie des Autors dritten Roman „Der Aufenthalt“ von 1977, nahm ihn mit aufs Zimmer und las in einem Zug die 600 Seiten durch.

So steht es im ersten Kapitel, und der Leser fragt sich, ob er das alles auch wissen will, denn noch geht es nicht um Hermann Kant, sondern um die Befindlichkeiten seiner Biographin Linde Salber, 1944 in Tütz/Hinterpommern geboren, die nach der Flucht vor der Roten Armee im Dörfchen Darchow/Mecklenburg am Ostufer der Elbe aufgewachsen ist, bis sie 1951 zum Vater nach Hamburg übersiedelte, und die Jahrzehnte später dieses Buch zu schreiben unternahm.

Der Erkenntnisgewinn, was Leben und Werk Hermann Kants betrifft, nur dieser

32 Seiten ist für den Leser denkbar gering. Wenig erfährt er, was er nicht schon gewußt hätte, und viel, was er überhaupt nicht zu wissen braucht. Was zum Beispiel soll er mit der halben Seite anfangen, auf der die Biographin Anzüge, Hemden und Schuhe ihres Helden beschreibt? Was bringen ihm Sätze ohne jede Aussage wie: „Ein seltsames Gespräch. Behaftet mit der Schwierigkeit, Wahrnehmungen so auszusprechen, daß nach dem Gespräch eine andere Wahrhaftigkeit in der Welt ist.“ Oder: „Das Spannungsfeld sozialistischer und kapitalistischer Ideologie, die sich beide schwertun mit dem demokratischen Element, ist mit Vorurteilen vermint.“ Oder: „Kants Geschichte zündelt, da sie Rückfragen an die Geschichte des Lesers impliziert.“ Das Auffassungsvermögen des Lesers ist hier hoffnungslos überfordert. Und eine letzte Stilblüte: „Kant behandelt die Worte dergestalt, daß sich am jeweils erzählten Geschehen kristallisiert, was das Leben der Leser im Ganzen treffen kann.“ Man schlägt das Buch zu und schüttelt verzweifelt den Kopf. Unweigerlich hat man den Eindruck, die Autorin, ohne jede kritische Distanz zu sich selbst, schreibt hemmungslos auf, was ihr zum Thema „Kant, Hermann“ alles so einfällt. Und man wundert sich auch, daß ein derart unbeholfenes Geschwafel von einem



angesehenen Verlag, der einen Ruf zu verlieren hat, angenommen wurde.

Um es auf den Punkt zu bringen, an dem die Biographin Linde Salber hätte ansetzen müssen mit ihrer Analyse: Die Tragik



.....  
Linde Salber: *Hermann Kant. Nicht ohne Utopie. Biographie*, Bouvier-Verlag, Bonn 2013, 632 S., 29,99 €

.....  
Schriftstellerverbands aufstieg. Damit war ein ständiges Spannungsfeld zwischen Hermann Kant, dem Schriftsteller, und Hermann Kant, dem Kulturfunktionär, eröffnet, das bis zum Mauerfall 1989 nicht entschärft werden konnte. Denn nun war er verpflichtet, die Anweisungen der Partei, die der Literatur einen „gesellschaftlichen Auftrag“ zugewiesen hatte, auszuführen.

Das hatte praktische Folgen: Hermann Kant mußte, um es so auszudrücken, wie es war, willfähriger Büttel der Staatsmacht sein und gegen seine Kollegen die politischen Forderungen der Partei mit aller Härte durchsetzen. Er mußte, um ein Beispiel zu nennen, die Ausbürgerung Reiner Kunzes betreiben, der übrigens in diesem Buch nirgendwo erwähnt wird, wobei er ihm noch das Schmähwort nachrief: „Kommt Zeit, vergeht Unrat!“, wofür er sich nicht entschuldigt hat, auch nach dem Mauerfall 1989 nicht.

Selbstverständlich war Hermann Kant, was schon zu DDR-Zeiten sämtliche sozialistische Spatzen von den volkseigenen Dächern piffen, vom 5. März 1963, ein Jahr nach Veröffentlichung seines ersten Buches, bis 9. April 1976 „inoffizieller Mitarbeiter“, also Zuträger der Staatsicherheit gewesen, unter dem Decknamen „Martin“. Das war karrierefördernd, wird aber von ihm bis heute bestritten, obwohl die Beweislast erdrückend ist. Warum nur? Sollte es ihm nicht eine Ehre gewesen sein, dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu dienen bis zur Selbstverleugnung? Karl Corino hat in seinem Buch „Die Akte Kant“ (1995) auf 509 Seiten entlarvendes Material versammelt, und Joachim Walther führt in seinem Dokumentarband „Sicherungsbereich Literatur“ (1996) über 50 Belegstellen an.

Das alles freilich ficht die Schönrednerin Linde Salber nicht an. Für sie sind alle Anschuldigungen bedeutungslos, weil frei erfunden. Im Kapitel „Spitzellegende“, dessen Titel dem Leser, schon bevor er

diese Ausführungen überhaupt gelesen hat, Schuldbefreiung suggeriert, versucht sie auf 29 Seiten eine Reinwaschung ihres Helden. Sie leugnet einfach oder interpretiert um, wenn das nicht reicht. Im Juni 2011 besuchte sie die Gauck-Behörde in Berlin und langweilte sich furchtbar beim Lesen von 2000 Aktenseiten. Hermann Kant hatte ihr großzügig, nachdem ihm bewußt war, daß die harmlose Biographin eine Hagiographie zu schreiben gedenke, Akteneinsicht gewährt. Danach zog sie freudig Bilanz, sie habe lediglich „Einblick in die Verfestigung der Legende“ erhalten, ihr Idol und „Martin“ wären identisch gewesen. Mitnichten! In Wirklichkeit hätte nämlich der angebliche Führungsoffizier Rolf Pönig zwei verschiedene Vorgänge mit dem Decknamen „Martin“ besetzt. Bei diesem Unsinn kann der Leser jetzt nur noch in brüllendes Gelächter ausbrechen. Linde Salber kann nicht einmal Täter- und Opferakten unterscheiden. Als sich nämlich 1976 abzuzeichnen begann, der zweifache Nationalpreisträger werde 1978 die Nachfolge von Anna Seghers antreten, wurde er als „inoffizieller Mitarbeiter“ abgeschaltet, aber selbstredend wurde seine Akte weitergeführt, die ihn nun als „Opfer“ ausweist.

Am 25. April 2012 ließ Hermann Kant seine Verehrerin in einem Telefongespräch wissen, was er ursprünglich über sie gedacht hatte: „Die hat doch keine Ahnung, die weiß ja nicht einmal, wie der Himmel hier schmeckt.“ Dem kann man nur zustimmen.

Jörg Bernhard Bilke

## Der Eiserne Vorhang zwischen Prag und Wien

Die 452 Kilometer lange Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Österreich während des Kalten Krieges fand in der politischen Öffentlichkeit bisher kaum Interesse. Dem Grazer Historiker Stefan Karner ist es zu verdanken, daß anhand bislang unter Verschluss gehaltener Geheimdienst-Archivmaterialien, Protokollen österreichischer Grenzwachposten und Zeugenaussagen jetzt vieles aufgedeckt werden konnte.

Österreichs nördliche und östliche Grenzflüsse Thaya und March waren für die Tschechen in jenen Jahren die letzten Barrieren vor der Freiheit im Westen. Bald nach dem „kalten Putsch“ 1948 mit seiner endgültigen Umwälzung im Sinne einer Stalinisierung der ČSR entstand an der Grenze ein gut bewachtes Sperrsystem,

das später durch breite Sperrzonen, Minenfelder sowie spezielle Stacheldraht-Zäune verstärkt wurde.

Recht aufschlußreich und anders als im geteilten Deutschland ist die mehrfach überprüfte Feststellung, daß an diesen Grenzen 390 Zivilisten (davon 280 Flüchtlinge) starben, während hier sogar 648 tschechoslowakische Grenzsoldaten und Geheimdienstler – also weit mehr als das Doppelte! – ihr Leben verloren. Lediglich in zwölf Fällen seien Auseinandersetzungen mit Fliehenden die Ursache gewesen. Zumeist starben sie durch Strom- und Minenunfälle oder hätten, keinesfalls selten, Selbstmord begangen. Die Behauptung, dies wären mehr Tote gewesen als am innerdeutschen Eisernen Vorhang, scheint indes unrichtig, ist de-

ren genaue Zahl doch auch heute noch unbekannt. Expertenschätzungen reichen von ca. 400 bis über 1600.

Viele Fliehende wurden von den über 20 000 Grenzsoldaten direkt getötet, oder man ließ sie an ihren Wunden verbluten. Manche wurden von Minen zerrissen oder auch von abgerichteten Grenz-Hunden. Wie in der DDR wurden die Todesschützen mit einer Beförderung oder einem achttägigen Sonderurlaub belohnt. Nach einem Geheimbefehl des Prager Staatssicherheitsministeriums wurden die Erschossenen bewußt in anonymen, frisch ausgehobenen Gruben verscharrt, welche sich weit vom letzten Wohnort befinden mußten: Der blutige Vorgang sollte vertuscht, das Opfer vergessen werden...

## Veranstaltungen

12.7. (Sa), 18.00 Uhr:  
Museumsnacht **„Abgesetzt und aufgelöst“**. Die Friedliche Revolution im Spiegel der Stasi-Akten; 18.30 Uhr: Schicksalsweg Ostsee, Fluchtgeschichten in den Stasi-Unterlagen, Gespräch mit Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. Landeshauptstadt Dresden u.a.; Ort: BStU Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, Seiteneingang C, 01129 Dresden

16.7. (Mi), 21.30 Uhr:  
**„Sein oder Nichtsein“**, Regie Ernst Lubitsch, Großbritannien 1942, in der Reihe Kino im Freihof; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

17.7. (Do), 19.00 Uhr:  
**„Stasi im Ostseeraum“**, Vortrag und Ausstellungseröffnung mit Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

22.7. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Stillgestanden – Blick zur Flamme!“** Das Militärstrafgefängnis und die NVA-Disziplinareinheit in Schwedt an der Oder 1968-1990, mit Autor Torsten Dressler; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

29.7. (Di), 17.00 Uhr:  
**Schild und Schwert der Partei**. Zum Wirken der Staatssicherheit in der Region Gransee, Vortrag mit Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Heimatmuseum, Rudolf-Breitscheid-Str. 44, 16775 Gransee

30.7. (Mi), 21.30 Uhr:  
**„Hannas Reise“**, Regie Julia von Heinz, Deutschland 2013, in der Reihe Kino im Freihof; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

2.8. (Sa), 12.00–15.00 Uhr:  
**Demonstration** „Aufarbeitung von DDR-Unrecht“; Veranstaltung d. OvZ-DDR e.V. in Kooperation mit d. UOKG; Treffpunkt: Pariser Platz, vor dem Brandenburger Tor, Berlin-Mitte (s. auch S.3)

5.8. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Wir wollten nur anders leben“**. Erinnerungen politischer Gefangener im Zuchthaus Cottbus, mit Herausgeber Heiner Sylvester u. Zeitzeuge Uwe-Carsten Günnel; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

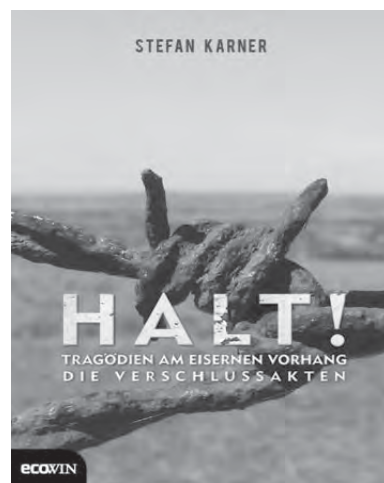
Doch selbst auf österreichischem Territorium mußten die Geflohenen Verfolgung und Verrat fürchten, primär in der russischen Zone. Dort hatten die österreichischen Grenzbeamten auf Befehl des sowjetischen Bezirkskommandanten alle aufgegriffenen Flüchtlinge auszuliefern. Den Ausgelieferten drohten hohe Haftstrafen in groß aufgezogenen Schauprozessen.

Wie Karner ermitteln konnte, verfügte die ČSR-Geheimpolizei bereits 1959 über 41 000 Spitzel, auf jeden der rund 10 000 „offiziellen“ Geheimdienstler kamen also mehr als vier solcher Staats-Schnüffler.

Die Prager Auslands-Spionage in Form der „Ersten Verwaltung“ des Staatssicherheitsministeriums besaß bis zu ihrem Ende die Personalien von etwa 12 000 Österreichern, die von ihr observiert wurden oder zumeist als Spione für sie arbeiteten. Deren Motiv war meistens reine Geldgier, vereinzelt kam es auch zu Erpressungen im Hinblick auf noch in der ČSSR lebende Verwandte. Helmut Zilk, späterer Unterrichtsminister der Donau-Republik und Wiener Bürgermeister, war „nur einer von vielen“. Dem Buch zufolge sind sie teilweise noch heute unbekannt.

Die westlichen Besatzermächte waren ebenfalls überaus aktiv. Es waren nicht wenige Tschechen, die ihr Leben gaben im Kampf gegen die kommunistische Diktatur und für die Freiheit ihres Landes. Österreich selber stellte nur selten das eigentliche Angriffsziel westlicher Aufklärung dar, das Land war mehr „Schauplatz“ im großen Konflikt zwischen dem Sowjetblock und der NATO.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Stefan Karner: *Halt! Tragödien am Eisernen Vorhang*, Ecovin Verlag, Salzburg 2013, 216 S., 21,90 €

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz, Otto Wienke am 5. Juli, Hartmut Rührdanz am 7. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munki am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gudrun Bär, Harmut Behle, Uwe Behne, Rüdiger Bernhardt, Rudolf Bosse, Ursula Brückner, Gerold v. Busse, Erich Claus, Angelika Dib, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Martha



## UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
Mo-Fr, 14-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
Tel. (030) 57 79 92 01  
Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

## Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Tel. (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Enigk, Eduard Finger, Klaus Fischer, Gerhard Gärtner, Anita Goßler, Dr. Werner Gruhn, Karl-Heinz Hager, Wilfried Härtel, Wolfgang Heilmann, Dietrich Jacobs, Lutz Jünemann, Hans Joachim Kaiser, Erhard Käufer, Dr. Eberhard Kempf, Günter Kleindienst, Günter Koch, Siegfried Koschwitz, Norbert Koy, Annemarie Krause, Horst Kreeter, Werner Lahmann, Ilse Laskowski, Willi Leppler, Rolf Lohse, Maria Mannack, Günter Müller-Helwig, Dietrich Nolte, Reinhard Pappai, Engelbert Peters, Andreas Pfeiffer, Bodo Platt, Eike Christine Radewahn, Rolf Raible, Siefried Rau, Ulrich Reiser, Klaus Peter Ruckebrod, Helga Scharf, Dr. Walter Schöbe, Sylvia Schreiber, Peter Schulz, Dr. Helmut u. Brigitte Schulze, Richard Schulze, Manfred Smala, Norbert Sommer, Dr. Heinz Steudel, Elke Straube, Gabriele Streckfuß, Michael Teltz, Magda Unger, Günter Völkel, Hans-Georg Wagner, Dr. Egon Weber, Dieter Weise, Dr. Weiske, Dr. Walter Weller, Dr. Volker Wendland, Wietzoreck, Horst Wolkenstein

Stacheldraht-Konto:  
BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

## Das Zitat

Die Diktatur duldet Reden,  
aber keine Widerreden.

Werner Mitsch

### **Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### **Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Vorstandsbeauftragte:  
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 16. Juni 2014

